

Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Der gemeinsame Weg, 1913, die Ziele, 1914

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

7. Kapitel: Die Meerengenfrage

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79837](#)

7. Kapitel
Die Meerengenfrage

*Bericht des russischen Außenministers Sasanow
an den Zaren*

St. Petersburg, den 23. November/6. Dezember 1913

Die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel haben eine sehr wenig dauerhafte Lage im Südosten Europas und im türkischen Kleinasien geschaffen. Sie stellen unser Außenministerium vor die Frage, welche Haltung es den neuen politischen Verhältnissen gegenüber einnehmen soll.

Infolge des Krieges zwischen den Balkanstaaten ist es der Türkei geglückt, bei Beendigung des Krieges einige Abänderungen zu ihrem Vorteile zu erreichen und eine Grenzlinie zu erhalten, die für die Verteidigung der Hauptstadt und der Meerengen gegen einen feindlichen Angriff zu Lande günstiger verläuft. So ist die unmittelbar drohende Gefahr der Einnahme von Konstantinopel durch die Bulgaren etwas verringert worden, gleichzeitig aber die eines griechischen Angriffs zur See gewachsen. Andererseits haben die militärischen Niederlagen der Türkei, verbunden mit ihrer unsicheren Lage im Innern und dem traurigen Stand ihrer Finanzen, in allen europäischen Kabinetten die Überzeugung gezeitigt, daß man auf eine Wiederaufrichtung dieses Staates nicht allzusehr zählen kann und daß die Dauerhaftigkeit der türkischen Herrschaft sehr zweifelhaft ist.

Angesichts dieser Erwägungen rechnen alle Größmächte ohne Ausnahme schon jetzt mit der Möglichkeit einer endgültigen Auflösung des ottomanischen Kaiserreiches und sie fragen sich, wie sie ihre Rechte und Interessen in den verschiedenen Provinzen Kleinasiens vorher sichern könnten. Dadurch erklärt sich die erhöhte Tätigkeit Deutschlands, Italiens und sogar Österreichs, das bisher keinerlei Interessen in Kleinasien hatte, eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die Grundlagen seiner politischen Forderungen bei der zukünftigen Aufteilung des ottomanischen Kaiserreiches zu schaffen und zu festigen.

Allerdings muß man die Einschränkung machen, daß schon seit zwei Jahrhunderten der völlige Zusammenbruch der Türkei ange-

kündigt wird. Wenn aber dieses Reich noch den Beweis einer gewissen Lebensfähigkeit gibt, so muß man dennoch eingestehen, daß eine Reihe von Niederlagen, besonders diejenigen, die das ottomatische Reich gerade in der Zeit erleben mußte, als es an seiner militärischen Erneuerung arbeitete, beweisen, daß es an den nötigen Kräften für einen solchen Aufschwung fehlt. Wenn die außenpolitischen Umstände für die Türkei günstig sind, so wird sie noch lange ihr Dasein fristen können, da sie infolge der Uneinigkeit und Rivalität anderer sich verhältnismäßig sicher fühlen kann. Schwerlich aber wird sie Kraft genug haben, einen entscheidenden Schlag, der von außen kommt, abzuwehren. Obwohl der Wunsch nach Frieden bei den Großmächten augenblicklich zu überwiegen scheint, ist es dennoch unmöglich, für die Dauer der allgemeinen politischen Lage in Europa eine Garantie zu übernehmen. Diese Unsicherheit wird erhöht durch die geringe Stabilität der gegenwärtigen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel, die eine Folge des Friedens von Bukarest ist.

Die geschilderten Umstände stellen Rußland ohne Zweifel äußerst verwickelte und sehr schwierige Probleme. Es liegt nicht in unserem unmittelbaren Interesse, irgendwelchen Gebietszuwachs zu erstreben. Alles, was wir zur Entwicklung unserer inneren Verhältnisse brauchen, drängt dazu, daß wir in erster Linie auf die Erhaltung des Friedens bedacht sein müssen. Ohne diese wesentlichste und grundlegende Aufgabe zu vernachlässigen, dürfen wir trotzdem nicht die Augen vor der bedrohlichen internationalen Lage schließen. Diese drohenden Gefahren auszuschalten, hängt nicht von uns allein ab. Darum müssen wir mehr noch als die anderen Mächte uns sagen, daß wir schon vorher unsere Rechte und Interessen sicherstellen müssen, falls die Ereignisse uns zwingen sollten, sie mit Waffengewalt zu verteidigen.

Die Zweifel an der Dauer und Lebensfähigkeit der Türkei lassen für uns die historische Frage der Meerengen und der Bedeutung ihres Wertes für uns in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wieder auflieben.

Man kann verschiedener Ansicht sein, ob es für Rußland notwendig ist oder nicht, den Besitz der Meerengen anzustreben. Wenn wir die Frage nach dem notwendigen Opfer zur Erlangung dieses Besitzes und nach dem Wert dieser Erwerbung stellen, so werden wir unvermeidlich auf sich widersprechende Argumente stoßen. Man kann die Orientierung der auswärtigen Politik in einer Frage von so hervorragender Bedeutung nicht auf einer strittigen Grundlage aufbauen. Die Meerengenfrage hat sich in letzter Zeit durch Verhältnisse verwickelt, die einerseits den wirtschaftlichen Wert der Meerengen für Rußland erhöht und andererseits die politischen und strategischen Schwierigkeiten vermehrt haben, die sich ihrer etwaigen Erwerbung

entgegenstellen. Die Frage ist noch immer offen und die einzige Folgerung, die man augenblicklich ziehen kann, ist die, es werde sich schwerlich in Rußland ein Politiker von Verantwortlichkeitsgefühl finden, der im Falle einer Änderung des Status quo damit einverstanden sein würde, daß Rußland eine Lösung der Frage zuließe, die seinen Interessen zuwiderlaufen würde, mit anderen Worten, daß es unter gewissen Verhältnissen als untätiger Zuschauer den Ereignissen zusehen könne.

Ist der Besitz der Meerengen durch eine andere Macht als die Türkei vom Standpunkt der Interessen Rußlands aus zulässig?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich zunächst die gegenwärtige Lage ansehen: die Meerengen im Besitz der Türkei. Der Schutz der Meerengen, eine so schwierige und verwickelte Angelegenheit, ist im Grunde genommen augenblicklich in einer für unsere unmittelbaren Interessen ausreichenden Weise gelöst worden. Die Türkei ist ein nicht sehr starker, aber auch nicht allzu schwacher Staat, unfähig, uns zu bedrohen, aber gleichzeitig gezwungen, auf das weit stärkere Rußland Rücksicht zu nehmen. Die Fehler des ottomanischen Kaiserreiches, seine Unfähigkeit, auf der Grundlage des Rechtes und der Zivilisation sich wieder aufzurichten, waren bis jetzt für uns von Vorteil, denn sie haben unter den Völkern, die dem Halbmond unterworfen sind, jene Sehnsucht nach dem orthodoxen Rußland wachgerufen, auf die sich unsere internationale Stellung im Orient und in Europa in grundlegender Weise stützt.

Wie dem auch sein mag, da die Lebensdauer der Türkei nicht gesichert ist, so sind wir genötigt, uns die Frage vorzulegen: Können wir uns nicht auf Ereignisse vorbereiten, die die Lage Konstantinopels und der Meerengen völlig ändern würden? Lassen wir die Frage nach dem positiven Wert der Besitzergreifung des einen und der anderen und die nach den dazu erforderlichen Opfern offen: Dürfen wir es zulassen, daß ein anderer Staat die Durchfahrt durch die Meerengen ganz in seine Gewalt bekommt?

Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Die Meerengen einem mächtigen Staat zu überlassen, wäre gleichbedeutend damit, die ganze wirtschaftliche Entwicklung des südlichen Rußlands diesem Staat zu unterwerfen.

Nach den Bemerkungen des Finanzministers zu dem Budgetentwurf für 1914 war das Ergebnis des russischen Handels für 1912 um 100 Millionen geringer als der durchschnittliche Ertrag der drei vorhergehenden Jahre. Die Ursache hierfür sieht das Ministerium in der ungenügenden Verwertung unserer Ernte. Die Schwierigkeiten der Getreideausfuhr, die teilweise dadurch hervorgerufen wurden, waren gleichzeitig auch eine Folge der zeitweisen Schließung der Meerengen für die Handelsschiffe aller Nationen. Darauf folgte im Frühjahr durch die Staatsbank eine Erhöhung des Diskonts um

$\frac{1}{2}$ Prozent auf alle nach drei Monaten fälligen Papiere. So hat also die vorübergehende Sperrung der Meerengen dem ganzen wirtschaftlichen Leben des Landes einen Schlag versetzt, und dadurch wird noch einmal mehr die ganze Wichtigkeit bewiesen, die diese Frage für uns hat. Wenn die Verwickelungen in der Türkei für Rußland schon gegenwärtig Verluste in Höhe von mehreren Millionen mit sich brachten, wo es uns gelungen ist, die Dauer der Sperrung der Meerengen zu beschränken, die tatsächlich nur eine verhältnismäßig kurze Zeit währt, was würde dann geschehen, wenn an Stelle der Türkei die Meerengen in den Besitz eines Staates kämen, der fähig wäre, sich den Forderungen Rußlands zu widersetzen? Und dafür ist es nicht einmal nötig, daß der die Meerengen haltende Staat die Kraft einer Großmacht besitzt. Hat er erst einmal in den Meerengen Fuß gefaßt, so wird ihm diese Kraft aus der ganz außergewöhnlich günstigen geographischen Lage erwachsen. Tatsächlich wird derjenige, der die Meerengen in Besitz hat, nicht nur den Schlüssel zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer in der Hand haben, er wird gleicherweise den für die Durchdringung Kleinasiens und die Oberherrschaft über die Balkanländer besitzen. Infolgedessen wird der Staat, der an den Küsten der Meerengen an die Stelle der Türkei treten wird, vermutlich darnach trachten, dieselben Wege einzuschlagen wie die Türken zu ihrer Zeit.

Weiter oben wurde gesagt, daß wir die Besitzergreifung der Meerengen durch eine dritte Macht aus wirtschaftlichen Gründen nicht zulassen dürfen. Aber ist sie nicht vom politischen Standpunkt aus ebenso unzulässig? Würden die vorerwähnten Bestrebungen, die Hegemonie auf dem Balkan an sich zu reißen und Kleinasien zu durchdringen, nicht unvermeidlich zu einem heftigen Antagonismus zwischen Rußland und jedem neuen Staat führen, der an der Stelle der Türkei auftreten sollte? Die Unmöglichkeit für uns, einen neuen Staat sich an den Meerengen als unumschränkter Herrscher festsetzen zu sehen, hat zu dem Vorschlag geführt, zur Verhütung einer solchen Lage die Meerengen zu neutralisieren, die Befestigungen zu schleifen und die Anlage neuer zu verbieten. Diese Maßregel kann aber schwerlich als ausreichend erachtet werden. Jede juristische Form hat nur Wert zu Zeiten des Friedens. Kommt der Krieg, so bedarf sie der Kraft zu ihrer Verteidigung. Ein Krieg kann mit der Einnahme der Meerengen durch den Feind gewinnen und selbst das Fehlen von Befestigungen wird einer derartigen Operation nur günstig sein; ihr Erfolg hängt augenblicklich zu einem beträchtlichen Teile von der Schnelligkeit und der Überraschung ab. Deshalb müßten wir, selbst wenn wir irgendwelche Bedingungen aufstellen wollten, unter denen wir die Neutralisierung der Meerengen für uns möglich finden könnten, doch aus vorstehenden Erwägungen heraus unsere Land- und Seemacht des Schwarzen Meeres unbedingt in einer Weise verstär-

ken, die genügen würde, um jeden Augenblick einer Besetzung der Meerengen durch irgendwelche andere Macht zuvorzukommen.

Zu Beginn des Balkankrieges gab es eine Zeit, in der Bulgarien Erfolge hatte und seine ehrgeizigen Heerführer die Absicht zeigten, Konstantinopel zu nehmen und die bulgarische Oberherrschaft über die Balkanländer aufzurichten. Die maßlosen Ansprüche Bulgariens einigten dessen jüngste Verbündete mit Rumänien und der Krieg endete mit einer bulgarischen Niederlage. Schwerlich aber wird man annehmen können, daß Bulgarien mit einem derartigen Ausgang sich zufriedengeben wird. Ist es nicht wahrscheinlicher, daß es die Gelegenheit suchen wird, wieder zu erlangen, was ihm genommen wurde? Der alte Traum einer Hegemonie und der Eroberung der Meerengen kann aufs neue lebendig werden. Das Glück ist wankelmüsig und die Türkei unfähig, aus den Lehren des Schicksals zu lernen. Kein Mensch kann Tag und Stunde angeben, wann Bulgarien sich in einem wilden Angriff, zu dem die Bulgaren fähig sind, auf die Türkei stürzen wird. Dies könnte ein letzter und verderbendbringender Schlag für das ottomanische Kaiserreich sein.

Dreißig Jahre sind es her, daß der erhabene Wille des verewigten Kaisers Alexander III. die Schwarzmeer-Flotte wieder erstehen ließ. Vor etwa sechzig Jahren begann die Schiffahrt mit Handelsdampfern auf dem Schwarzen Meer. Beide Unternehmungen sind verbunden mit dem Gedanken an die Macht Rußlands und die Möglichkeit, unsere Interessen an den Meerengen sicherzustellen. Hunderte von Millionen sind für diese Unternehmung ausgegeben worden, sowie für den Unterhalt des Heeres im Militärbezirk Odessa, das gemeinsam mit unserer Flotte operieren soll. Bekanntlich wurde schon 1895 aus Anlaß der armenischen Metzeleien die Frage der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch unsere Truppen mit Wissen und Willen Englands, unseres damals gefährlichsten Rivalen, erwogen. Wir mußten auf diesen Plan verzichten im Hinblick auf die ungenügenden Transportmittel und die Mangelhaftigkeit der Mobilisierung zu Lande.

Achtzehn Jahre sind seitdem verflossen. Wir geben immer noch Hunderte von Millionen aus und sind unserem Ziele noch immer nicht um einen Schritt nähergekommen. Man baut Kriegsschiffe und gibt alljährlich große Summen für die Unterhaltung der Handelsflotte her. Und dennoch, wenn der Augenblick kommt, in dem es erwünscht sein könnte, zu einer bedeutungsvollen, irgendwie gearteten Landungsoperation zu schreiten, scheut die Regierung davor zurück, weil deren Durchführung fast ganz unmöglich ist.

Als es sich im vergangenen Jahre um einen etwaigen Vorstoß unserer Heere auf Konstantinopel handelte, wurde es klar, daß wir innerhalb von zwei Monaten in kleinen Transporten nur zwei Armeekorps übersetzen könnten und daß die Mobilmachungsvorarbeiten für

die Transportschiffe wie diejenigen für die Bewegungen des Landheeres eine so lange Zeit in Anspruch nehmen würden, daß die Operation für niemand ein überraschender Schlag hätte bleiben können. Mit anderen Worten: das genannte Unternehmen schien ganz einfach unausführbar, ganz abgesehen davon, daß die numerische Stärke eines solchen Landungsheeres nicht im richtigen Verhältnis zu den Aufgaben gestanden haben würde, die es erfüllen sollte.

Übrigens handelt es sich jetzt nicht darum, daß ernstliche Unternehmungen gegen die Türkei unmöglich sind, sondern daß es uns sogar an den nötigen Mitteln fehlt, uns gegen den Schiffsbauplan zu wehren, der demnächst in der Türkei verwirklicht werden kann.

Nach den zu verschiedenen Zeiten beim Außenministerium eingelaufenen Nachrichten müssen wir zu dem Schluß kommen, daß in den Jahren 1914 bis 1916 die türkische Kriegsflotte im Schwarzen Meer der unsrigen an Güte der Schiffe und Stärke ihrer Artillerie überlegen sein wird. Die hierauf bezüglichen Nachrichten sind in dem hier beiliegenden Anhang zusammengestellt, der das Verhältnis der türkischen Seestreitkräfte zu den unsrigen in den nächsten Jahren darzulegen versucht. Selbstverständlich ist das Marineamt für die Feststellung der Richtigkeit der in der Anlage gemachten Angaben verantwortlich, die teils verschiedenen Berichten der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel, teils Vorschlägen unseres Marineamtes, die zu wiederholten Malen dem Außenministerium mitgeteilt wurden, entnommen sind.

Wenn auch einige Ungenauigkeiten in den Nachrichten haben mit unterlaufen können, so scheint ihr Inhalt im allgemeinen doch der Wirklichkeit zu entsprechen.

Es ist nicht nötig, besonders zu betonen, daß eine solche Lage nicht als erträglich angesehen werden kann. Nachdem Rußland jahrelang gewaltige Summen für die Schaffung einer starken Militärmacht im Becken des Schwarzen Meeres ausgegeben hat, kann es eine Lage nicht dulden, in der seine Übermacht zur See über die Türken schlecht gesichert werden kann. Die ungeheuren Beträge, die alljährlich aus staatlichen Mitteln zur Verteidigung des Schwarzen Meer-Beckens erhoben worden sind, zeigen, welche Bedeutung die Regierung dieser Verteidigung beimitzt. Die Notwendigkeit, die neuen Verhältnisse zu prüfen, die unsren Seestreitkräften im Schwarzen Meer genau bestimmte Aufgaben zuweisen und die zu ihrer Durchführung zu ergreifenden Maßregeln angeben, ist noch gebieterischer. Rußland kann weder jetzt die Überlegenheit der Türkei zur See dulden, noch in Zukunft der Lösung der Meerengenfrage gegenüber gleichgültig bleiben. Wir können durchaus nicht sicher sein, daß diese Frage nicht in nächster Zeit aufgeworfen werden wird.

Die politische Vorsicht verlangt daher, daß wir uns aufmerksam für eine Aktion vorbereiten, die notwendig werden kann. Die

Vorbereitung kann nur den Charakter eines bis ins einzelne ausgearbeiteten Programms haben, an dem verschiedene Departements teilnehmen müssen.

Man muß die eventuellen Maßnahmen zur Vergrößerung unserer Land- und Seemacht im Schwarzen Meer durchdenken. Was haben die Departements des Krieges und der Marine zu tun, um die Mobilisierung durch Anlage neuer Eisenbahnlinien und durch Verbesserung unserer Transportmittel in dem gewünschten Ausmaße zu beschleunigen? Welche Aufgaben können dementsprechend unseren Transportmitteln gestellt werden, und wie lange werden wir ungefähr Zeit haben, uns vorzubereiten? Ist es möglich oder nicht, unserem Heere und unserer Flotte die Aufgabe zu stellen, daß sie die Meerengen mit Gewalt nehmen und Konstantinopel besetzen, wenn die Umstände dies erforderlich machen sollten?

Ich komme auf die politische Seite unserer Vorbereitungen zurück. Es muß wiederholt werden, daß eine baldige Auflösung der Türkei uns nicht erwünscht sein kann, und daß es notwendig ist, im Rahmen einer diplomatischen Aktion das möglichste zu tun, um ein derartiges Ende hinauszuschieben.

Die angedeuteten Fragen verlangen die Erörterung der materiellen Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um

1. die Mobilisierung eines Landungs-Armeekorps von numerisch ausreichender Stärke zu beschleunigen;
2. die notwendigen Verbindungswege für eine Mobilisierung instand zu setzen;
3. die Schwarzmeer-Flotte in einer Weise zu vergrößern, daß sie der ottomanischen Flotte überlegen und fähig ist, in Verbindung mit dem Heere die Meerengen zu bezwingen, um die vorübergehende oder, wenn notwendig, dauernde Besetzung durchzuführen;
4. unsere Transportmittel im richtigen Verhältnis zu dem Umfang unserer Landungsoperation zu vermehren.

Die letztere Frage hängt eng zusammen mit der Hebung unserer Getreideausfuhr im Schwarzen Meer. Bis jetzt wird diese leider zu meist durch fremde Handelsschiffe bewirkt. Der Nachteil, der uns aus diesem Verfahren erwächst, zeigte sich ganz deutlich im letzten Herbst, als sich die Frage der Durchfahrt von griechischen mit russischem Getreide beladenen Handelsschiffen durch die Meerengen erhob. Unsere Botschaft in Konstantinopel mußte sich sehr viel Mühe geben, um von der ottomanischen Regierung die Erlaubnis zur Durchfahrt dieser Schiffe zu erhalten und die dadurch entstandene Verzögerung hat unserm Getreidehandel schweren Schaden zugefügt.

Die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um unserer Handelsflotte bei der Ausfuhr russischen Getreides eine bevorrechtete Stellung gegenüber fremden Schiffen zu sichern, hängt eng zusammen mit den Maßnahmen zur allgemeinen Belebung un-

serer Ausfuhr über die Häfen des Schwarzen Meeres. Es ist Sache des Industrie- und Handelsministeriums, anzugeben, was in dieser Hinsicht geschehen kann, um das politische Problem der Vermehrung unserer Transportmittel auf dem Schwarzen Meer zu lösen, ein Problem, dem das Außenministerium nur eine große Bedeutung beilegen kann. Unter den Maßnahmen zur Verstärkung unserer Verteidigungsmittel im Becken des Schwarzen Meeres und an den türkischen Grenzen muß der Ausführung des Bauplanes besondere Beachtung gewidmet werden, der die Durchquerung des Kaukasus vor sieht.

Bis jetzt mußte das Außenministerium sich alle erdenkliche Mühe geben, um den Zeitpunkt für die Erbauung türkischer Eisenbahnen in der Nähe unserer Grenze möglichst hinauszuschieben. Die der russischen Diplomatie zugefallene undankbare Rolle besteht darin, sich zu bemühen, Konzessionen zur Nichterbauung von Verkehrswegen zu erlangen, während alle andern Großmächte im Wettbewerb untereinander der Türkei ihre Dienste zur Herstellung und Verbesserung dieser Wege anbieten. Natürlich können unsere Bemühungen bei der Türkei nur Verdacht erregen und sie veranlassen, der Frage der Bahnen, die Rußland unerwünscht sind, nur eine um so größere Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb wird es uns nicht leicht werden, für uns das Fehlen von Verkehrswegen in den uns angrenzenden türkischen Provinzen zu sichern. Ist erst einmal die Frage unserer eigenen Verkehrswege durch den Kaukasus befriedigend gelöst und vor allem die Durchquerungsbahn gebaut, die uns die schnellere Zusammenziehung unserer Truppen an der türkischen Grenze in sehr schätzenswerter Weise ermöglichen wird, so wird nicht nur der Ausbau des türkischen Eisenbahnnetzes für uns den Charakter einer Bedrohung verlieren, sondern vielmehr völlig in unserm Interesse sein. In diesem letzteren Falle werden die türkischen Eisenbahnen viel mehr uns zum Vordringen in der Türkei nutzen, als sie einen türkischen Einfall in den Kaukasus erleichtern. Im Verhältnis zur Türkei werden wir an Verkehrsstraßen ebenso überlegen sein, wie es unsere westlichen Nachbarn Rußland gegenüber sind, jedoch mit dem Unterschied, daß die Türkei nicht in der Lage ist, in Friedenszeiten diese Lücke durch ein großes Heer auszufüllen, wie wir es in unseren westlichen Provinzen tun.

Das sind die Hauptfragen, die bezüglich der Zukunft Kleinasiens und der zu ergreifenden inneren Maßnahmen zur Verteidigung russischer Interessen zu prüfen sind. Selbstverständlich haben unser Kriegs- und das Marineministerium das Recht, das Außenministerium zu fragen, was getan werden kann, um für uns in Zeiten, die von uns ein entschlossenes Handeln fordern können, die denkbar günstigsten politischen Voraussetzungen zu schaffen.

Ich wiederhole meinen weiter oben ausgesprochenen Wunsch,

daß der Status quo möglichst lange unverändert bleibe. Ferner muß ich wiederholen, daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärts kommen kann. Diese Verwicklungen würden uns, nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu urteilen, im Bunde mit Frankreich und möglicherweise, aber nicht ganz sicher, auch mit England finden oder mindestens gegenüber einer wohlwollenden Neutralität des letzteren. Im Falle von europäischen Verwicklungen würden wir auf dem Balkan auf Serbien und vielleicht auch auf Rumänien zählen können. Hierin liegt klar die Aufgabe unserer Diplomatie, die darin besteht, günstige Vorbedingungen zu einer möglichst innigen Annäherung an Rumänien zu schaffen. Dieses Unternehmen muß ebenso ununterbrochen wie vorsichtig und vorurteilsfrei vor sich gehen. Die Stellung Rumäniens unter den Balkanländern erinnert in vieler Beziehung an die Italiens in Europa. Diese beiden Mächte haben Größenwahn-sinn, und da sie nicht Gewalt genug besitzen, ihre Pläne offen zu verwirklichen, so sind sie gezwungen, sich mit einer Zweckmäßigkeitspolitik zu begnügen, indem sie immer beobachten, auf welcher Seite die Macht liegt, um sich auf diese Seite zu schlagen.

Bei einer vorläufigen Abwägung der Kräfte würde es ebenso gefährlich gewesen sein, auf so zaudernde Elemente im voraus zu rechnen, wie es wenig verständig wäre, sie ganz außer Betracht zu lassen.

Zwei Faktoren spielen bei der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage auf dem Balkan eine Hauptrolle. Der erste ist Österreich-Ungarn, wo die Nationalitätenbewegung zusehends wächst, hervorgerufen durch den Erfolg der Serben und der Rumänen, und durch den Eindruck, den diese Erfolge auf ihre Landsleute innerhalb der Grenzen der habsburgischen Monarchie gemacht hat. Der zweite liegt in der Unmöglichkeit für Bulgarien, sich bei den schmerzlichen Folgen des Bukarester Friedens zu beruhigen.

Diese beiden Staaten können sich entweder zu einem gemeinsamen Ziel, der Umänderung der Karte des Balkans, zusammenfinden oder sie treffen sich in feindlichen Lagern, wenn Bulgarien Hoffnung haben kann, Mazedonien auf andere Weise an sich zu bringen. Wie schwer es auch sein mag, Serbien und Bulgarien einander zu nähern, so können alle beide doch nur fortfahren, ihrem nationalen Ideal zu zustreben, wenn sie sich miteinander verbinden. Als Feinde werden beide Staaten sich wechselseitig paralysieren. Serbien kann sein hohes Ideal der Vereinigung des ganzen Serbenvolkes nur verwirklichen, wenn Bulgarien sich dem nicht widersetzt, ja ihm sogar hilft um den Preis der Herausgabe des verlorenen Mazedoniens. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die eine oder andere Hypothese nur Wirklichkeit werden kann, wenn auch Rußland zu dieser Zeit für sich selbst der Realisierung seiner historischen Ziele zu-

strebt und mit diesen Staaten gemeinsam handelt. Denn für sich allein sind die Balkanstaaten unfehlbar Konflikten untereinander verfallen, die nur durch die Gegenwart Rußlands als tatkräftiger und leitender Macht vermieden werden können.

Nicht von dem Standpunkt theoretischer Träumereien aus oder in dem Gedanken, es wäre hier für Rußland eine Mission zu erfüllen, müssen wir alle diese Verhältnisse erörtern. Wir müssen an die Zukunft denken und dem Rechnung tragen, daß die Erhaltung des so sehnlichst gewünschten Friedens nicht immer in unserer Macht liegen wird. Deshalb sind wir gezwungen, uns nicht auf die Probleme von heute und morgen zu beschränken, damit wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, den man so oft dem russischen Staatsschiff macht: daß es, ein Spiel der Winde, dahinsegelt, fortgerissen von der Strömung, ohne ein Steuer, unfähig seinen Kurs zu lenken.

Die hier dargelegten, so schweren und verwickelten Fragen erfordern ein eingehendes Studium, damit diese oder jene Entscheidungen in Übereinstimmung mit entsprechenden Maßnahmen unserer äußeren Politik getroffen werden können.

Indem ich diese Erwägungen der Allerhöchsten Prüfung unterbreite, nehme ich mir die Freiheit, Eurer Kaiserlichen Majestät gnädigste Erlaubnis zu erbitten, sie einer besonderen Konferenz zur Befprechung vorlegen zu dürfen.

Sasonow

Journal der Sonderkonferenz vom 31. Dezember bis 13. Januar 1913/1914

Den Vorsitz führte: Der Vorsitzende des Ministerrates, Staatssekretär und Wirklicher Geheimrat Kokowtzow.

Es nahmen teil: der Kriegsminister, Generaladjutant Suchominow, der Marineminister, Generaladjutant Grigorowitsch, der Außenminister, Hofmeister Sasonow, der Chef des Generalstabs, General der Kavallerie Shilinski.

Zwecks Anfertigung des Journals der Konferenz waren die Beamten des 1. Departements des Außenministeriums: Kammerherr Staatsrat Bützow und Titulärrat Sukin anwesend.

Vor der Konferenz wurde deren Mitgliedern eine alleruntertägste Denkschrift des Außenministers vom 23. Dezember 1913 überreicht. Gleichzeitig wurden die vom Außenministerium ausgearbeiteten Voraussetzungen mitgeteilt, die in den nachfolgenden, in der Konferenz zur Beratung stehenden Thesen enthalten sind.

1. Die Möglichkeit zugegeben, daß ein deutscher General irgend einen Teil der außerhalb Konstantinopels, beispielsweise in Adrianopel befindlichen Truppen kommandiert, kann sich Rußland jedoch

mit der Anwesenheit eines ausländischen Generals als Führer eines Truppenteils in Konstantinopel nicht einverstanden erklären.

2. Das Außenministerium muß in diesem Sinne die Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel weiterführen.

3. Da die letzten Nachrichten auf eine zweideutige Handlungsweise der deutschen Regierung in dieser Frage hinweisen, müssen gegenwärtig Entscheidungen getroffen werden für den Fall, daß es notwendig sein sollte, unsere Forderungen durch Nötigungsmaßnahmen zu unterstützen.

4. Die bezeichneten Nötigungsmaßnahmen durch uns könnten in der Besetzung irgendeines Punktes in Kleinasien, beispielsweise Trapezunts oder Bajasids, zum Ausdruck kommen mit der Erklärung, daß wir dort verbleiben würden bis zur Erfüllung unserer Forderungen.

5. Nachdem genau klargestellt sein wird, welche Nötigungsmaßnahmen wir würden anwenden können, muß diesbezüglich ein vertraulicher Meinungsaustausch mit der englischen und französischen Regierung angebahnt werden, da es notwendig ist, sich für Nötigungsmaßnahmen erst zu entscheiden, nachdem wir uns vorher Klarheit darüber verschafft haben werden, ob wir auf entsprechende Schritte der beiden Mächte rechnen können.

6. In den Unterhandlungen mit den bezeichneten Regierungen muß seitens der drei Mächte die Notwendigkeit eines äußerst vorsichtigen und einmütigen Handelns festgelegt werden, um, wenn möglich, eine Verschärfung des Konflikts zu vermeiden, der einen europäischen Krieg zur Folge haben könnte. Gleichzeitig müssen von unserer Seite Anstrengungen gemacht werden, um Frankreich und England für die Notwendigkeit geneigt zu machen, das einmal begonnene Eintreten für die gemeinsamen Interessen zu Ende zu führen.

7. Sollte dieser Standpunkt von allen drei Mächten angenommen werden und die Unterhandlungen in Berlin nicht zu dem gewünschten Resultate führen, so muß man sich über eine gewisse Steigerung der Nötigungsmaßnahmen verständigen. Als solche können in Frage kommen:

- a) ein konsequent durchgeföhrter finanzieller Boykott der Türkei;
- b) sollte diese Methode nicht die gewünschten Resultate zeitigen und nicht die nötige Einwirkung erzeugen, wie dies in der Adrianoepelfrage der Fall war, so könnten die drei Mächte ihre Vertreter in Konstantinopel abberufen;
- c) gleichzeitig würden die Regierungen Rußlands, Frankreichs und Englands die Pforte von dem Termin zu der Erfüllung ihrer Forderungen in Kenntnis setzen, worauf mit der Verwirklichung der Nötigungsmaßnahmen begonnen werden könnte unter Hinweis dar-

auf, daß sie erst nach Erfüllung der gestellten Forderungen eingestellt werden würden.

8. Sollten für die rechtzeitige Ergreifung von Nötigungsmaßnahmen unsererseits gewisse vorbereitende Maßnahmen militärischer Art, wie beispielsweise Truppenverstärkungen im Kaukasus, notwendig sein, so wäre es erwünscht, diese Maßnahmen möglichst geheimzuhalten. Vom politischen Standpunkte aus erscheint es jedoch notwendig, daß man nach der Androhung, falls eine solche notwendig werden sollte, unverzüglich darangehen könnte, sie in die Tat umzusetzen.

9. Die Resultate der Konferenz sind, gemäß dem dem Außenminister erteilten Allerhöchsten Befehl, Sr. Kaiserlichen Majestät zur geneigten Einsicht vorzulegen.

Nach Eröffnung der Sitzung wendet sich der Vorsitzende des Ministerrates unter Hinweis darauf, daß seit Überreichung der Alleruntertänigsten Denkschrift des Außenministers an die Konferenzteilnehmer acht Tage verflossen sind, an den Außenminister mit der Bitte um Mitteilung der letzten, zu seiner Verfügung stehenden Unterlagen zu der zur Beratung in der Konferenz stehenden Frage.

Der Außenminister erklärte, daß die bei ihm in den letzten Tagen eingegangenen Nachrichten spärlich und widersprechend wären und teilte der Konferenz den Wortlaut eines Geheimtelegramms des russischen Gesandten in Konstantinopel vom 29. Dezember mit, in dem es heißt, daß General Liman den nächsthöheren türkischen Rang erhalten soll, daher das Kommando des 1. Armeekorps niederlegen und Inspektor der Kriegsschule und Chef der Militärmision bleiben werde. Indes stimmen diese anscheinend günstigen Mitteilungen nicht völlig überein mit dem Inhalt eines Telegramms vom 30. Dezember. In dem letzteren ist darauf verwiesen, daß der Rücktritt Limans vom Kommando des 1. Armeekorps noch keine vollen-dete Tatsache sei und veranlaßt, die Sachlage weniger optimistisch zu betrachten. Sollten die im ersten Telegramm mitgeteilten Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen, so könnte diese Konferenz als nicht so dringlich betrachtet werden, und die Beratungen über die Lage würden bloß akademischen Charakter tragen. Der Minister hält es jedoch für erwünscht, daß die Konferenz vorher die von ihm den Teilnehmern mitgeteilten Thesen durchberate.

Der Vorsitzende des Ministerrates gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Zweck dieser Konferenz eine Bestimmung der Position wäre, die die Kaiserliche Regierung bei jeder Wendung, die die Dinge nehmen könnten, einzunehmen hätte. Zur Prüfung der Voraussetzungen des Außenministeriums übergehend, weist Staatssekretär Kowtzow auf die Notwendigkeit hin, sich zunächst darüber klar zu werden, welche Lösung der Frage über die deutsche Militärmision in der Türkei von Rußland als zulässig anerkannt werden könnte

und wogegen wir unter allen Umständen Einspruch erheben müßten. Diese Grundaufgabe ist in Punkt 4 zum Ausdruck gebracht, der bei den weiteren Beratungen als Leitfaden dienen müsse. Der Vorsitzende des Ministerrates erklärt, daß der Standpunkt der Kaiserlichen Regierung zuerst während der Unterhandlungen in Berlin im Oktober 1913 festgelegt worden sei. Staatssekretär Kokowtzow glaubt, daß es das moralische Recht und die Pflicht der russischen Regierung wäre, von diesem Standpunkt nicht abzuweichen. Da der Inhalt der erwähnten Unterhandlungen dem Kriegs- und Marineminister, sowie dem Chef des Generalstabs nicht bekanntgeworden sein konnte, erachtet es Staatssekretär Kokowtzow für notwendig, die Konferenz mit den Einzelheiten der diesbezüglichen, im Alleruntertäigsten Bericht des Vorsitzenden des Ministerrats niedergelegten Verhandlungen bekanntzumachen. In den Unterredungen mit dem deutschen Kaiser und den Vertretern der deutschen Regierung hat er erklärt, daß Rußland gegenüber der Ausübung der Kommandogewalt über einen Truppenteil in Konstantinopel durch einen ausländischen Offizier nicht gleichgültig bleiben könnte, da hierdurch für eine Macht eine bevorzugte Stellung in der Türkei geschaffen würde, wodurch die Richtung der ganzen Frage des nahen Ostens verändert würde. Auf die erste These zurückgreifend, erklärt der Vorsitzende des Ministerrates, daß er auch jetzt es für notwendig hält, auf den von ihm seinerzeit dem deutschen Kaiser gegenüber ausgesprochenen Ansichten zu verharren.

Der Außenminister teilt der Konferenz den Inhalt der neu eingetroffenen Geheimtelegramme mit. Im Zusammenhang mit dem möglichen Rücktritt des Generals Liman vom Kommando des 1. Armeekorps, worauf im Telegramm des Gesandten in Konstantinopel verwiesen wird, fragt der Minister an, wie man sich zu verhalten hätte zur Führung einer nicht in Konstantinopel selbst, sondern in Skutari liegenden Division durch einen deutschen Offizier, da eine solche Lösung der Frage nach Kenntnis der russischen Vertreter in Berlin und Konstantinopel früher bereits in Erwägung gezogen worden ist.

Der Vorsitzende des Ministerrates, der Kriegs- und Marineminister, sowie der Chef des Generalstabes, sprechen sich dahin aus, daß eine solche Wendung der Dinge unzulässig wäre. Auf die Bemerkung des Generals der Kavallerie, Shilinski, daß, wenn ein deutscher Offizier auch nur das Kommando über eine Division innehätte, Deutschland die Meerengen beherrschen würde, weist Staatssekretär Kokowtzow darauf hin, daß die Möglichkeit eines Kommandos deutscher Offiziere in den die Meerengen schützenden Forts nunmehr in Fortfall gekommen sei, und daß man jetzt als feststehend betrachten könne, daß das Kommando über diese Befestigungen jedenfalls türkischen Offizieren gehören wird. Der letzte Umstand veranlaßt

den Marineminister zu der Bemerkung, daß unter dem Vorwande des Fehlens eines Kommandeurs für irgendeinen Truppenteil, sich dennoch ein deutscher Offizier als stellvertretender Kommandierender erweisen könnte.

Der Vorsitzende des Ministerrates verweist auf den Zusammenhang zwischen der Fassung der ersten These und den erhaltenen Nachrichten über die Möglichkeit einer Ernennung des Generals Sanders zum Inspektor der türkischen Armee und auf die Notwendigkeit, die Stellungnahme der Regierung zu einem solchen Ausgang festzulegen, zu welchem Zweck man zunächst die Bedeutung des Ausdrucks „Inspektion“ feststellen müsse.

Der Chef des Generalstabs bemerkte, daß es in der Türkei vier Inspektionen territorialen Charakters gebe, die dem Posten des Kommandierenden eines Militärbezirks entsprechen.

Der Vorsitzende des Ministerrates erklärt, daß, sollte dem General Sanders statt der allgemeinen Aufsicht über die türkische Armee eine Inspektion in territorialem Sinne übertragen werden, was dem Kommando über die Truppen eines Militärbezirks gleichkommt, eine solche Lösung für Rußland noch weniger annehmbar wäre als das Kommando über ein Armeekorps. Hierbei sei es nicht notwendig, im voraus zu bestimmen, ob wir gegen die Übertragung an einen deutschen General der territorialen Inspektion gleich wo oder nur in Konstantinopel selbst und den am Kaukasus angrenzenden Gebieten, d. h. den östlichen Bezirken Kleinasiens, Einspruch erheben würden. Der Vorsitzende des Ministerrates ist daher der Ansicht, daß die erste These infolge der neuen Umstände nach der Richtung ausgedehnt werden müßte, daß die dem General Sanders zu übertragende Inspektion nur dann für zulässig erachtet werden könne, wenn unter „Inspektion“ die allgemeine Aufsicht über die Armee und nicht ein territoriales Kommando verstanden werden soll.

Diesem Gutachten schließen sich alle Teilnehmer der Konferenz an.

Nach Ansicht des Kriegsministers bilden alle zur Beratung stehenden Bedingungen für die Tätigkeit der deutschen Militärmmission nur Teile der Frage. Was deren Kern betrifft, so darf es keinem Zweifel unterliegen, daß die Ankunft General Sanders nach Konstantinopel nicht eine Rückkehr zum System v. d. Goltz-Pascha und seinen Instruktionsaufgaben bedeute. Die früheren Instrukteure bildeten nach Kenntnis des Kriegsministeriums das schlechteste Element der deutschen Armee. Auch Waffen und Munition, mit denen Deutschland die Türkei vor dem Balkankriege versorgte, waren durchaus nicht von hoher Qualität. Nunmehr wird General Sanders von 40 Personen begleitet, die aus der Zahl der besten Offiziere des deutschen Heeres ausgewählt sind und noch weitere zirka 60 Mann von dieser Art werden angeworben. Nach Ansicht des Ge-

neraladjutanten Suchomlinow darf man sich nicht verhehlen, daß die gegenwärtige Militärmision ganz andere Aufgaben hat als die Tätigkeit v. d. Goltz-Paschas. Die Absichten Deutschlands, das die Organisation des türkischen Heeres energisch in die Hand nimmt, treten ihrerseits klar zutage. Die türkischen Truppen, deren Eigenchaften die deutsche Militärmision zu entwickeln haben wird, werden sich an unserer Kaukasusgrenze befinden und natürlicherweise gegen Rußland gerichtet sein. Der Kriegsminister hält es für gefährlich, Zeit zu verlieren, und für erwünscht, Maßnahmen zum Schutze gegen die bezeichnete, für Rußland ungünstige Änderung der Dinge zu treffen. Da nicht die Möglichkeit besteht, einerseits darauf zu rechnen, daß Deutschland freiwillig auf das begonnene Werk verzichtet, andererseits die aufgetauchten Hoffnungen auf ein feindseliges Verhalten zur deutschen Militärmision im türkischen Heere selbst angesichts der Massenentlassungen türkischer Offiziere sich als unbegründet erwiesen habe, möchte der Minister sich über die Möglichkeit unterrichten, auf die Türkei im Sinne einer Entfernung der Militärmision einzuwirken.

Der Außenminister gibt der Überzeugung Ausdruck, daß unsere, nicht durch Druck verstärkten Ratschläge in Konstantinopel erfolglos bleiben würden. Indem der Minister hierauf die Konferenz ersucht, zur Beratung von Mitteln zur Nötigung der Türkei überzugehen, teilt er mit, daß er in den Unterredungen mit dem französischen und englischen Gesandten in St. Petersburg eine gewisse Folgerichtigkeit in den etwaigen Schritten der Mächte des Dreiverbandes angedeutet hätte. Erstens erscheine es möglich, zu einem finanziellen Druck auf die Türkei zu greifen. Bei dem aufrichtigen Wunsch aller drei Mächte, ihn durchzuführen, könnte man die Erzielung eines wirklichen Resultates erhoffen, da die Türkei riesige Geldmittel brauchte, die in die Hundert Millionen gingen, und kleine zufällige Zuwendungen in der Art des Darlehens des Bankhauses Perrier & Co. könnten für ihre zerrütteten Finanzen keine wesentliche Unterstützung bedeuten. Man muß jedoch im Auge behalten, daß die französische Regierung sich trotz ihres Wunsches nicht imstande erweisen könnte, einen finanziellen Boykott der Türkei unabirrt durchzuführen, da sie nicht immer die Möglichkeit habe, in erwünschtem Sinne auf die französischen Finanzkreise einzuwirken. Zweitens müßte man für den Fall, daß die Maßnahmen finanziellen Charakters auf die Türkei nicht die gewünschte Einwirkung ausüben sollten, ein Programm ausarbeiten, in dem Methoden zur Ausübung eines unmittelbaren Druckes auf die Pforte vorzusehen wären. Wir unsererseits müssen klarstellen, welcher Art Maßnahmen Rußland in Vorschlag bringen könnte, zu welchem Zwecke das Außenministerium die jetzt zur Beratung in der Konferenz vorgelegten Voraussetzungen ausgearbeitet hätte.

Der Vorsitzende des Ministerrates bittet den Außenminister, vor Besprechung der bezeichneten Druckmittel zwei Dinge zu beleuchten, die für die Bestimmung der weiteren Handlungsweise von grundlegender Bedeutung seien und dem Staatssekretär Kokowtzow wie folgt erscheinen: 1. Die deutsche Regierung sucht nach einem Ausweg aus der durch die Forderungen Rußlands geschaffenen Lage. Hierbei verweist das Berliner Kabinett auf die Notwendigkeit für Rußland, im Interesse einer günstigen Lösung der Frage an Deutschland keine kategorischen Erklärungen ultimativen Charakters zu richten, die Deutschland zwingen könnten, noch mehr auf seinem Standpunkt zu beharren, da man die Schwierigkeit der deutschen Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung im eigenen Lande berücksichtigen müßte. 2. Die Unterhandlungen mit dem Berliner Kabinett, die jetzt schon zirka zwei Monate dauern, müßten so lange fortgesetzt werden, bis die Kaiserliche Regierung die Überzeugung gewinnt, daß es unmöglich sei, auf diesem Wege zu dem angedeuteten Ziel zu gelangen.

Der Außenminister schließt sich den vom Staatssekretär Kokowtzow formulierten Thesen an und erklärt, daß er gleichzeitig in seinen Unterhandlungen mit dem deutschen Gesandten in St. Petersburg darauf hingewiesen habe, daß es für die russische Regierung unmöglich sei, die Entscheidung der Frage über die deutsche Militärmmission in Konstantinopel lange hinauszuschieben.

Zu den Maßnahmen für eine weitere Einwirkung übergehend, erachtet Staatssekretär Kokowtzow es für notwendig, festzustellen, daß die in der 7. These vorgesehenen Schritte vom Außenministerium in engster Fühlung mit den übrigen Mächten des Dreiverbandes geplant seien. Bevor dieser oder jener Beschuß gefaßt wird, müsse die Kaiserliche Regierung wissen, in welchem Maße ihr die Unterstützung Frankreichs zuteil werden wird und ob man auf eine aktive Beteiligung Englands an der Einwirkung auf die Pforte rechnen könnte.

Der Außenminister bestätigt, daß er in der Tat die Druckmittel in der Voraussetzung einer Zusammenwirkung aller Mächte des Dreiverbands vorgesehen habe und weist darauf hin, daß es ungeklärt erscheint, wie weit England bereit wäre, energisch zu handeln. Was Frankreich anbetrifft, so kann die russische Regierung auf eine tatkräftige Unterstützung bis aufs äußerste rechnen. H. Delcassé hat den Minister im Namen des französischen Außenministers versichert, daß Frankreich so weit gehen würde, wie Rußland es wünscht.

Der Vorsitzende des Ministerrates glaubt, daß es notwendig wäre, unter Fortführung der Unterhandlungen in Berlin gleichzeitig den Grad der Beteiligung des Londoner Kabinetts an etwaigen Schritten der Mächte des Dreiverbandes klarzulegen. Staatssekretär Kokowtzow vermerkt die besondere Lage Englands in der Frage des

deutschen Kommandos in Konstantinopel durch die Anwesenheit des englischen Admirals als Instrukteur in der türkischen Residenz. England hat bisher nach Ansicht des Vorsitzenden des Ministerrates keinerlei wesentliche Unterstützung den Bemühungen des Petersburger Kabinetts geliehen und eher noch Deutschland den Widerstand gegen den Einspruch Rußlands erleichtert durch die Tatsache der Anwesenheit des Admirals Limpus in Konstantinopel. Deutschland hatte die Möglichkeit, bei den Unterhandlungen über die Abberufung des Generals Sanders aus Konstantinopel sich darauf zu berufen, daß die Zusammenziehung der Aufsicht über die türkische Flotte in den Händen des englischen Admirals die Befürchtungen keiner einzigen Macht hervorgerufen hätte. Als Graf Pourtalès das erwähnte Argument mit dem Admiral anführte, entgegnete ihm der Vorsitzende des Ministerrates, daß Rußland der Tatsache eines Kommandos über eine nahezu nicht vorhandene Flotte keine Bedeutung beimessen könne.

In Beantwortung der Erklärung des Staatssekretärs Kokowtzow, die vom Kriegsminister und Marineminister unterstützt wird und dahin geht, daß es erwünscht wäre, zunächst von England die Abberufung des Admirals zu erwirken, teilt der Außenminister mit, daß Sir Edward Grey sich schon früher hierzu bereit erklärt hätte und daß ein solcher Beschuß der britischen Regierung jedenfalls wohl zu erreichen wäre, wenn dies zur Erleichterung einer Einwirkung in Berlin erwünscht sein sollte. Der Minister fürchtet jedoch einerseits, daß Admiral Limpus durch einen deutschen Chef ersetzt werden könnte und weist andererseits auf die in seinen Händen befindlichen Unterlagen hin, die zu der Annahme berechtigen, daß Deutschland nach Abberufung des englischen Admirals nichtsdestoweniger von der eingenommenen Position in der Frage der Militärmision nicht abweichen werde. Das Berliner Kabinett würde im Gegenteil sich der Abberufung des Admirals Limpus gegenüber ablehnend verhalten und hierin nur die Maßnahme einer realen Einwirkung erblicken, die Deutschlands Widerstand nur stärken würde.

Auf die angedeutete Folgerichtigkeit im Auftreten der Mächte des Dreiverbandes zurückkommend, glaubt der Minister, daß für den Fall, daß die Unterhandlungen in Berlin resultatlos verlaufen sollten, diese nach Konstantinopel verlegt werden müßten, wobei die Einwirkung der Mächte schon auf die Türkei übertragen werden müßte.

Der Vorsitzende des Ministerrates führt die in den vom Außenministerium ausgearbeiteten Punkten aufgeführten Druckmittel an, und zwar: finanzieller Boykott, Abberufung der diplomatischen Vertreter und militärische Maßnahmen, und bemerkt, daß die Türkei das unmittelbare Objekt dieser Einwirkungen sein sollte, daß jedoch der Endzweck die Aufhebung des Vertrages zwischen der Pforte und Deutschland wäre. Da auf diese Weise die Interessen Deutschlands

berührt würden, wären diese Maßnahmen geeignet, dessen Einmischung hervorzurufen.

Der Außenminister lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Möglichkeit, durch energisches und gleichzeitig vorsichtiges, einmütiges Handeln der drei Mächte einen Erfolg zu erzielen, wobei dies nach Ansicht des Ministers durchaus nicht unbedingt einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben müßte. In Wirklichkeit würde Deutschland ein Auftreten Rußlands, das nur die Unterstützung von Frankreich allein hätte, nicht sonderlich gefährlich erscheinen. Beide Staaten wären wohl kaum imstande, Deutschland einen tödlichen Schlag zu versetzen, auch nicht im Falle militärischer Erfolge, die sich nie voraussagen lassen. Ein Kampf unter Beteiligung von England dagegen könnte für Deutschland verhängnisvoll werden, das sich ganz klar über die Gefahr ist, bei einem englischen Eingreifen binnen sechs Wochen einer völligen sozialen inneren Katastrophe entgegengeführt zu werden. England ist für Deutschland gefährlich, und in diesem Bewußtsein ist die Ursache des Hasses zu finden, den die Deutschen gegenüber der wachsenden Macht Großbritanniens empfinden. In Verbindung mit den bezeichneten Umständen müßte die Kaiserliche Regierung, bevor sie entschiedene Schritte unternimmt, sich die Unterstützung des Londoner Kabinetts sichern, dessen aktive Teilnahme nach Ansicht des Ministers nicht gesichert erscheint. Unzweifelhaft erscheint das Eingreifen Großbritanniens im Falle einer für Rußland und Frankreich ungünstigen Wendung der militärischen Operationen. Diese Einmischung könnte entweder auf die Beendigung des vom Standpunkte der englischen Interessen unvorteilhaften europäischen Zusammenstoßes oder auf die Unterstützung derjenigen Staaten gerichtet sein, deren Niederlage den Aufgaben der englischen Politik widerspricht. Die vermerkte Notwendigkeit für die Kaiserliche Regierung, erst nach Sicherung einer aktiven Teilnahme Englands zu handeln, ist nicht anzuzweifeln und bildet die schwache Seite der Lage Rußlands in diesem Falle. Der Minister bringt zur Kenntnis der Konferenz, daß er in den Unterredungen mit dem britannischen Gesandten in St. Petersburg die Möglichkeiten einer Einwirkung auf die Pforte entsprechend dem Punkte 4 benannt hätte. In Erwiderung auf die Annahme einer Besetzung Trapezunts durch russische Landungstruppen, während England irgendeinen Küstenpunkt auf dem türkischen Territorium, beispielsweise Beirut oder Smyrna, besetzen könnte, äußerte Sir George Buchanan Zweifel an der Möglichkeit für England, mit der Flotte allein zu operieren in dem Falle, daß es notwendig sein sollte zu kämpfen, um den besetzten Punkt zu halten, zu welchem Zwecke bedeutende Landungstruppen notwendig sein würden.

Der Chef des Generalstabs gibt der Meinung Ausdruck, daß in dieser Frage nur von einer Aktion der Marine die Rede sein könne,

da es für England bei den Schwierigkeiten des Transportes unmöglich sein würde, eine militärische Besetzung durchzuführen.

Der Marineminister verweist auf die bequeme Durchführbarkeit einer ausschließlichen Besetzung durch die Flotte unter dem Schutze der Schiffsartillerie.

Der Vorsitzende des Ministerrates ist der Ansicht, daß solche Maßnahmen unvermeidlich den Krieg mit Deutschland zur Folge haben würden und stellt die Frage: Ist der Krieg mit Deutschland erwünscht und kann Rußland ihn führen?

Der Außenminister schließt sich in Erwiderung hierauf der Ansicht des Staatssekretärs Kokowtzow an, daß im Prinzip ein Krieg mit Deutschland unerwünscht wäre. Was dagegen die Frage anbetrifft, ob Rußland gegenwärtig imstande wäre, gegen Deutschland zu kämpfen, so hält sich der Minister nicht für berufen, dies zu entscheiden.

Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes erklären kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zwickampf mit Deutschland, von einem Zwickampf mit Österreich schon gar nicht zu reden. Ein solcher Zwickampf ist aber kaum wahrscheinlich; man würde es vielmehr mit dem Dreiverband zu tun haben.

Der Vorsitzende des Ministerrats kommt auf die Schritte zurück, die man, um das in seinen Augen unzulässige Wagnis zu vermeiden, wählen könnte und gibt der Ansicht Ausdruck, daß der finanzielle Boykott der Türkei als eine Maßnahme, die nicht die Gefahr eines Krieges mit Deutschland zur Folge haben würde, ernste Beachtung verdiene. Man dürfe jedoch keine übertriebenen Hoffnungen auf eine konsequente Durchführung dieser Maßnahme seitens der französischen Inhaber ottomanischer Papiere setzen. Die materiellen Verluste der letzteren bei Einstellung der Einlösung von Kupons durch die Türkei wären geeignet, auch die feurigsten patriotischen Bestrebungen der Franzosen abzukühlen. Was die unmittelbaren Zwangsmethoden anbelangt, von denen auch die Einnahme von Trapezunt genannt wurde, so hält Staatssekretär Kokowtzow es für erwünscht, sich ihrer zu enthalten, da sie gewagt und schwer zu verwirklichen wären, was sich bei der Beratung ähnlicher Maßnahmen im Sommer 1913 herausgestellt hätte, als die Besetzung Trapezunts angeregt wurde in Verbindung mit der Einwirkung auf die Türkei in der Adrianopelfrage.

Der Außenminister lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die leicht durchzuführende Unterbindung der Zufuhr nach Kleinasien über den Hafen von Trapezunt, was sich in der Türkei äußerst fühlbar machen könnte.

Generaladjutant Grigorowitsch ergänzt diesen Vorschlag durch den Hinweis auf die durchaus im Bereiche des Möglichen liegende vorherige Einnahme von Sinope, das, als Basis benutzt, es ermög-

lichen würde, die Zufuhr über die Häfen des Schwarzen Meeres zu verhindern.

Staatssekretär Kokowtzow weist erneut auf die Unvermeidlichkeit einer Einmischung Deutschlands hin bei Verwirklichung derartiger Operationen. Die vorgesehenen Maßnahmen: Unterbrechung der Zufuhr, Manövrieren der Flotte oder die Besetzung von Bajasid, die an sich gefährlich wäre, angesichts der Unmöglichkeit den Ort zu verlassen — stellen im Grunde genommen Methoden eines realen Druckes auf die Türkei dar, um von ihrer Seite einen Verzicht auf die deutsche Mission zu erreichen, wodurch Deutschland nicht aus der neutralen Stellung herausgebracht werden könnte.

Die Ansicht des Staatssekretärs Kokowtzow wird von dem Außenminister nicht völlig geteilt, der seinerseits die Möglichkeit einer Nichteinmischung Deutschlands zuläßt. Dagegen hält er es für notwendig, mit einer etwaigen Teilnahme Englands an unseren Schritten zu rechnen und mit dem Umstande, daß bei einer Besetzung von Trapezunt durch uns, Erzerum, in dem die militärischen Hauptkräfte konzentriert sind, abgeschnitten sein würde und ganz Kleinasien von Rußland bedroht wäre. Die erörterte Besetzung von Bajasid wäre nach Ansicht des Ministers eine sehr wirksame Maßnahme, die imstande wäre, Deutschland von einem Eingriff zurückzuhalten. Diese, vom Kriegs- und Marineminister sowie dem Chef des Generalstabes geteilte Ansichten rufen von seiten des letzteren die Erklärung hervor, daß die Besetzung von Bajasid nicht als einzelne Maßnahme angeregt werden könne, da sie jedenfalls die Mobilisierung des kaukasischen Militärbezirks erfordern würde. Die militärischen Kräfte der Türkei in dem an den Kaukasus grenzenden Gebiet betragen ein auf 23 Bataillone beschränktes Armeekorps. In Bajasid liegen gegenwärtig anderthalb Bataillone. Angesichts der wichtigen Bedeutung dieses Flankenpunktes durch einen Angriff, auf welchen alle unsere letzten Kriege gegen die Türkei eingeleitet wurden, würde es nicht möglich sein, ihn ohne Kampf zu nehmen, und eine Bewegung nach dieser Richtung wäre gleichbedeutend mit einer Eröffnung der kriegerischen Operationen gegen die Türkei. Auch eine Beschränkung auf die Besetzung dieses einen Punktes könnte nach Ansicht des Generals der Kavallerie Shilinski nicht zweckmäßig erscheinen. Gleichzeitig müßten Ardos, Deribaba und Karaderbent besetzt werden. Hierbei betont der Chef des Generalstabs, daß eine derartige Besetzung demonstrativer Art ohne allgemeinen Vormarsch nicht die Notwendigkeit nach sich ziehen müßte, den kaukasischen Kriegsschauplatz durch den Zufluß von Truppen aus den anderen Gebieten Rußlands zu verstärken, welche Verstärkung zum allgemeinen Mobilisationsplan für den Fall eines Krieges gegen die Türkei gehört. Für die beabsichtigte Operation einer Besetzung von Bajasid würde diese Maßnahme nicht erforderlich sein, in Erwägung, daß

Rußland, indem es sich darauf beschränken würde, die Zahl der Truppen des kaukasischen Militärbezirks auf die Höhe der Kriegsbereitschaft zu ergänzen, über Truppen verfügen würde, die den Truppen des türkischen Armeekorps numerisch überlegen wären. Der Chef des Generalstabs fügt hinzu, daß die von ihm dargelegten Erwägungen sich auf die Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage der Türkei stützen, die eifrig zum Kampfe gegen Griechenland an der anderen Front rüste. Um zu verhindern, daß die Türkei Truppen nach Kleinasien über das Schwarze Meer schafft, müßte man Konstantinopel bedrohen durch Heranführung unserer Schwarzen-Meer-Flotte an den Bosporus.

Nach Ansicht des Außenministers könnte die Demonstration beim Bosporus auch in anderer Beziehung eine Rolle spielen: es könnte Panik in der Residenz und eine Revolution hervorrufen, die die Frage der deutschen Militärmmission mit lösen könnte.

Der Außenminister wiederholt, daß die Nötigungsmaßnahmen gegen die Türkei nur im engsten Zusammengehen mit Frankreich und England beabsichtigt wären, und möchte wissen, welche Stellung die Regierung einnehmen sollte, in dem Falle, daß sie sich der aktiven Unterstützung Englands und Frankreichs vergewissert hätte.

Staatssekretär Kokowtzow, der gegenwärtig einen Krieg für das größte Unglück für Rußland hält, spricht sich dahin aus, daß es äußerst unerwünscht wäre, Rußland in einen europäischen Konflikt zu verwickeln, welcher Ansicht sich die übrigen Mitglieder der Konferenz anschließen.

Der Außenminister sieht die Möglichkeit eines Mißlingens der Unterhandlungen voraus und fragt, welche Entscheidung in einem solchen Falle getroffen werden solle.

Der Vorsitzende des Ministerrats erklärt, daß er bereit sei, im Bestreben, Schritte zu vermeiden, die mit dem Risiko militärischer Komplikationen verbunden wären, sich für den finanziellen Boykott zu entscheiden, obgleich er keine genügende Gewähr für eine erfolgreiche Erreichung des Ziels biete. Er wiederholt, daß von wesentlicher Bedeutung in dieser Hinsicht die Interessiertheit französischer Inhaber von türkischen Staatspapieren sein werde. Staatssekretär Kokowtzow weist zum Zwecke einer Erleichterung des konsequenteren finanziellen Boykotts der Türkei für die französische Regierung auf die Möglichkeit hin, daß Rußland sich verpflichten würde, auf dieser oder jener Grundlage mit Frankreich die Verantwortung für die rechtzeitige Einlösung der Kupons für die Inhaber türkischer Papiere zu teilen, die bisher auf dem französischen Markt zur Ausgabe gelangt seien.

Indem der Vorsitzende des Ministerrates das Fazit der zum Ausdruck gekommenen Erwägungen zieht in Übereinstimmung mit dem

klargestellten Verhalten der Konferenz gegenüber den zur Beratung stehenden Fragen, faßt er das Gutachten der Konferenz in folgenden Thesen zusammen:

1. Es ist notwendig, die Vorstellungen in Berlin wegen der Unzulässigkeit vom Standpunkt der Interessen Rußlands, daß ein deutscher General einen Truppenteil in Konstantinopel kommandiert oder gar, daß ihm die Inspektion im Sinne der Kommandogewalt über diesen oder jenen Bezirk übertragen wird, fortzusetzen, wobei jedoch als zulässig anerkannt wird, daß dem Chef der deutschen Militärmision die Vollmachten für die allgemeine Inspektion des türkischen Heeres übertragen werden.
2. Die Unterhandlungen mit Berlin sind fortzusetzen, bis deren Erfolglosigkeit vollkommen klar zutage liegt.
3. Hierauf muß zu den geplanten Einwirkungsmaßnahmen außerhalb Berlins im Einvernehmen mit Frankreich und England übergegangen werden.
4. Sollte die aktive Beteiligung sowohl Frankreichs und Englands an gemeinsamen Schritten mit Rußland nicht gesichert sein, so erscheint es nicht möglich, zu Druckmitteln zu greifen, die einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben könnten.

gez. Kokowtzow W. Suchomlinow W. Grigorowitsch
Sasonow J. Shilinski

(M. Pokrowski, Drei Konferenzen. S. 32ff.)

Journal der Sonderkonferenz vom 8.—21. Februar 1914

Auf dem Original haben S.M. der Kaiser geruht, eigenhändig die Worte zu setzen: Ich billige durchaus die Beschlüsse der Konferenz.

Zarskoje Selo, den 23. März 1914

Vorsitzender: Außenminister Hofmeister Sasonow.

Teilnehmer: Der Marineminister Generaladjutant Grigorowitsch, der Chef des Generalstabs General der Kavallerie Shilinski, der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel Hofmeister Giers, der Stellvertreter des Außenministers Hofmeister Neratow, der Generalquartiermeister des Generalstabs Generalleutnant Danilow, der zweite Oberquartiermeister des Generalstabs Generalmajor Averjanow, in Vertretung des Chefs des Generalstabs der Marine Kapitän I. Ranges Nenkujow, der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den

Nahen Osten Kammerherr Fürst Trubetzkoi, der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabs der Marine Kapitän II. Ranges Nemitz.

Anwesend waren und verfertigten das Journal der Sonderkonferenz:

Der stellvertretende Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten Kammerherr Bützow und der Vizedirektor der Kanzlei des Außenministeriums Kammerherr Basili.

Bei Eröffnung der Sitzung erinnert der Außenminister die Konferenzteilnehmer daran, daß in seiner ihnen bekannten, alleruntertäigsten Denkschrift, die er im vergangenen November überreicht hatte, er es für seine Pflicht erachtet hätte, der allerhöchsten wohlwollendsten Beurteilung die Erwägungen darüber zu unterbreiten, daß man in Verbindung mit der Änderung der politischen Lage mit dem möglichen Eintritt, vielleicht sogar in der allernächsten Zeit, von Ereignissen rechnen müßte, die die internationale Lage der Konstantinopeler Meerenge radikal ändern könnten und daß es daher notwendig wäre, unverzüglich im Verein mit den entsprechenden Ressorts an die Ausarbeitung eines nach allen Richtungen durchgearbeiteten Programms heranzutreten, das auf die Sicherung einer für uns günstigen Lösung der historischen Meerengenfrage gerichtet wäre. S. D. Sasonow teilt hierauf mit, daß S.M. der Kaiser geruht hätte, die in der vorbezeichneten Denkschrift niedergelegten Ansichten allergnädigst zu billigen und zu gestatten, sie zur Beratung der Sonderkonferenz vorzulegen. Aus diesem Grunde hätte der Minister an das Kriegs- und Marineministerium, als die Instanzen, die durch die in dieser Denkschrift behandelten Fragen am meisten berührt werden, die Bitte gerichtet, an der Beratung teilzunehmen, um einen neuen Bericht Seiner Kaiserlichen Majestät vorlegen zu können. Der Außenminister benutzte die Anwesenheit des Kaiserlichen Gesandten in Konstantinopel in St. Petersburg und forderte ihn auf, an dem Meinungsaustausch teilzunehmen. Der Außenminister erklärt, daß gegenwärtig der Eintritt bedeutender politischer Komplikationen wenig wahrscheinlich erscheine und bemerkt, daß man jedoch für die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Nahen Osten nicht einmal für die allernächste Zeit garantieren könne. S. D. Sasonow spricht diesbezüglich die feste Überzeugung aus, daß, sollten infolge der Ereignisse die Meerengen der Macht der Türkei entgleiten, Rußland es nicht zulassen könnte, daß sich an deren Ufern irgendeine andere Macht festsetzt. Rußland könnte daher gezwungen sein, von ihnen Besitz zu ergreifen, um dann in dieser oder jener Form eine seinen Interessen entsprechende Ordnung der Dinge am Bosphorus und an den Dardanellen zu schaffen. Der Minister bemerkt, daß der Erfolg dieser Operation in hohem Maße von der Schnelligkeit ihrer Ausführung abhängt und verweist auf die Notwendigkeit,

für die Lösung dieser Aufgabe neben der Tätigkeit der Seestreitkräfte auch noch eine Operation von Landungstruppen vorzusehen. S. D. Sasonow wendet sich an die Teilnehmer der Konferenz mit der Bitte, klarzustellen, was bereits geschehen ist und was noch geschehen kann und muß, um unser etwaiges Auftreten an den Meerengen vorzubereiten. Der Minister empfiehlt hierbei, sich nacheinander mit folgenden Fragen zu befassen, entsprechend der in seiner alleruntertägigsten Denkschrift vermerkten fünf Punkten:

1. Maßnahmen zur Beschleunigung der Mobilisation einer genügend starken Landungstruppe.
2. Maßnahmen zur Ausrüstung der hierfür erforderlichen Verkehrswege.
3. Maßnahmen zur Vergrößerung unserer Transportmittel bis zu einem Maße, das den Bedürfnissen einer Landungsoperation entspricht.
4. Maßnahmen, um die Schwarze-Meer-Flotte in eine Lage zu bringen, bei der sie den Kräften der ottomanischen Flotte überlegen wäre, um gemeinsam mit der Armee die Aufgabe eines Durchbruchs durch die Meerengen bewerkstelligen zu können, um sie provisorisch oder, falls nötig, dauernd zu besetzen.
5. Die Frage der Verwirklichung der sogenannten Berggrünenbahn im Kaukasus, die von den übrigen Maßnahmen zur Verstärkung der Verteidigungsmittel im Gewässer des Schwarzen Meeres und an den Grenzen der Türkei nicht getrennt werden kann.

Die Landungsarmee, ihre Zusammensetzung und ihre Mobilisation

1. Auf Vorschlag des Außenministers wendet sich die Konferenz der Beratung der Frage bezüglich der Landungsarmee, ihrer Zusammensetzung und ihrer Mobilisation zu.

Der Chef des Generalstabs weist zunächst darauf hin, daß für die Besitzergreifung der Meerengen eine ziemlich bedeutende Truppenzahl und eine strategische Ausgestaltung der Operation notwendig wäre. Dazu übergehend, welche Truppenteile für die Landungsoperationen verwendet werden könnten, erklärt General der Kavallerie Shilinski, daß hierfür die dem Objekt nächstgelegenen, nämlich die im Gebiete von Sewastopol und Odessa liegenden VII. und VIII. Armeekorps in Aussicht genommen wären. Zur Festigung der Operationen würde es wahrscheinlich notwendig werden, noch zwei Armeekorps aus den Innenbezirken herbeizuführen. Der Chef des Generalstabs weist hierauf darauf hin, daß die erste Staffel der Landungsarmee, die gleichzeitig an Land gehen müßte, mindestens ein Armeekorps, d. h. 30000 bis 50000 Mann, stark sein müßte, da eine geringere Truppenzahl leicht überwältigt werden könnte. J. G. Shi-

linski macht hierbei jedoch den Vorbehalt, daß man angesichts der großen Schwierigkeiten einer Landungsoperation die erste Truppenstaffel nur unter besonders günstigen Verhältnissen, wenn ein großer Widerstand nicht zu erwarten sein sollte, auf ein Armeekorps beschränken könnte. Es sei geplant, die erste Staffel als kombiniertes Armeekorps aus den Kopfteilen des VII. und VIII. Armeekorps, und zwar aus der in Sewastopol und Simferopol liegenden 13. und der in Odessa liegenden 15. Division und der 4. Schützenbrigade zu bilden. Unter Hinweis auf den von ihm erwähnten Zusammenhang zwischen der für die Besitzergreifung der Meerengen notwendigen Truppenzahl und der politischen und strategischen Gestaltung dieser Operation verweilt der Chef des Generalstabs bei der Frage unserer etwaigen Gegner in dieser Angelegenheit. Als solche seien zunächst die Türken zu nennen. Sie verfügen gegenwärtig bei Konstantinopel über sieben Armeekorps. Nach dem neuen Plan Enver-Paschas, dessen Verwirklichung übrigens noch sehr fraglich sei, beabsichtigen sie, an der europäischen Küste der Meerengen drei Armeekorps zu belassen.

Der Außenminister bemerkt hierzu, daß der Besitzergreifung der Meerengen durch uns auch noch Griechenland und Bulgarien entgegentreten könnten. Aber angesichts ihrer historischen Feindschaft und den gegenseitig widerstreitenden Interessen spricht vieles dafür, daß, sollte einer dieser Staaten sich als unser Feind entpuppen, der andere sich auf unsere Seite stellen würde und daß sie somit einander lämmen würden.

Auf die Frage, ob wir in einem solchen Falle auf eine Unterstützung Serbiens rechnen könnten, antwortet S. D. Sasonow, daß man nicht annehmen könnte, daß unsere Operationen gegen die Meerengen ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden, und daß anzunehmen wäre, daß unter solchen Umständen Serbien alle seine Kräfte gegen Österreich-Ungarn richten würde.

Der Chef des Generalstabs hebt die ganze Bedeutung eines serbischen Vorgehens gegen Österreich-Ungarn für uns hervor im Falle unseres bewaffneten Zusammenstoßes mit diesem. Nach den ihm gewordenen Mitteilungen würde Österreich-Ungarn 4—5 Armeekorps zum Kampfe gegen Serbien einsetzen müssen. General Shilinski lenkt hierauf die Aufmerksamkeit darauf, daß für uns in militärischer Hinsicht die Stellung wichtig wäre, die Rumänien im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges einnehmen würde.

S. D. Sasonow erwidert hierauf, daß Rumänien, obgleich es sich formell dem Dreibunde auch nicht angeschlossen habe, dennoch zweifellos ein gegen uns gerichtetes militärisches Abkommen mit Österreich abgeschlossen hätte. Dies bestätigt seinerseits der aus seiner früheren Tätigkeit mit Rumänien vertraute Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel. Die jetzt zu beobachtende günstige Wendung in der rumänischen Politik und öffentlichen Meinung gestattet

jedoch, nach Ansicht des Außenministers, bis zu einem gewissen Grade daran zu zweifeln, daß Rumänien wirklich im Falle unseres Krieges mit Österreich gegen uns auftreten würde; positive Gründe, hierauf zu rechnen, hätten wir jedoch nicht. Auf die Frage unserer etwaigen Gegner an den Meerengen zurückkommend, weist S. D. Sasonow darauf hin, daß Deutschland und Österreich im Falle unseres Zusammenstoßes mit dem Dreiverbande keinerlei Truppen in der Richtung nach den Meerengen entsenden würden und daß schlimmstenfalls Italien dorthin eine Landungstruppe schicken könnte, obgleich es für Italien gefährlich sein würde, seine Grenze gegen Frankreich zu entblößen.

Unter Berufung auf die Äußerungen des Außenministers über die allgemeine Situation, in der eine Entscheidung der Meerengenfrage erwartet werden könnte, gibt der Chef des Generalstabs seinerseits der Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf um Konstantinopel kaum ohne einen allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre. General der Kavallerie Shilinski hält es daher für seine Pflicht, zu betonen, daß die Entsendung von Truppen für eine Expedition gegen die Meerengen und selbst die Möglichkeit einer solchen Operation von der allgemeinen Konjunktur zu Anfang des Krieges abhängen würde. Die für diese Expedition in Aussicht genommenen Armeekorps können nach J. G. Shilinski nur dann gegen Konstantinopel entsandt werden, wenn an der Westfront kein Kampf stattfinden sollte oder dort die Dinge günstig stehen sollten. Widrigenfalls würden diese Truppen an die Westgrenze entsandt werden müssen, denn ein erfolgreicher Kampf an der Westgrenze würde auch die Meerengenfrage in günstigem Sinne entscheiden. Da nach dem für den Fall eines Kampfes an der Westfront aufgestellten Kriegsplan sämtliche Truppen aus den Innenbezirken den an der Westfront operierenden Truppen eingereiht werden müßten, so würde es leider nicht möglich sein, an dieser Front die für die Landungsoperation in Aussicht genommenen südlichen Armeekorps durch andere Truppenenteile aus dem Inneren des Reiches zu ersetzen, um eine Entsendung dieser Armeekorps nach Konstantinopel unter allen Umständen zu ermöglichen. Auf die Frage des Außenministers, ob die Lage in dieser Beziehung sich durch die jetzt in Ausführung befindliche Verstärkung unseres Heeres ändern würde, erwiderte der Chef des Generalstabs, daß diese Verstärkung nur in zwei in den Jahren 1915 und 1916 zu bildenden Armeekorps zum Ausdruck kommen würde. Diese Armeekorps werden an unserer Westgrenze liegen und dienen nur dem Ausgleich der kürzlich erfolgten Verstärkung der deutschen und österreichischen Heere. Abgesehen davon kann die Formierung von zwei neuen Armeekorps augenscheinlich nicht einen Ausgleich bilden für die Entsendung von vier Armeekorps nach Konstantinopel, wie sie für eine solche Expedition benötigt würden.

Aus den Worten des Chefs des Generalstabs folgert der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel, daß falls bei Kriegsausbruch Operationen an unserer Westfront stattfinden würden, man nicht sicher sein könnte, ob die für die Besitzergreifung der Meerengen erforderliche Landungstruppe vorhanden sein würde und ob diese Expedition überhaupt würde verwirklicht werden können, wenn die Stunde für sie gekommen sein wird. M. N. Giers betont, daß es erwünscht wäre, speziell für die Landungsoperation die erforderlichen Truppen zu bestimmen, mit der Maßgabe, daß sie von dieser Aufgabe abgelenkt und für einen anderen Zweck verwendet werden könnten, und regt die Frage an, ob es vielleicht möglich wäre, für die Operation gegen Konstantinopel die im Kaukasus liegenden Armeekorps zu bestimmen. Zugunsten einer solchen Gestaltung führt der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel die Erwägung an, daß im Falle einer Anarchie in Konstantinopel es keinen Kampf an unserer türkischen Grenze geben würde und unsere kaukasischen Armeekorps frei sein würden.

General der Kavallerie Shilinski hält den von M. N. Giers ausgesprochenen Gedanken nicht für annehmbar, da eine Expedition nach Konstantinopel nach Ansicht der militärischen Stellen uns nicht vor einem Kriege an der kaukasischen Grenze bewahren würde. Ein großer Teil der türkischen Kräfte befindet sich in Kleinasien. Nach dem Plane Enver-Paschas bestehe die Absicht, im europäischen Teile der Türkei nur drei Armeekorps zu belassen. Im Falle einer Landungsoperation an den Meerengen, müßte unsere Aufgabe darin bestehen, eine Zusammenziehung der übrigen Armeekorps bei Konstantinopel zu verhindern und sie an die kaukasische Grenze abzulösen. Unsere drei kaukasischen Armeekorps müssen daher mobilisiert werden, sowie mit der Ausführung der Landungsexpedition begonnen wird.

Der Generalquartiermeister des Generalstabs, Generalleutnant Danilow, ergänzt das Dargelegte dahin, daß es unmöglich wäre, die im Kaukasus liegenden Truppen für die Landungsoperation vorzusehen, seiner Ansicht nach schon deshalb, weil die Mobilisierung im Kaukasus infolge der örtlichen Verhältnisse sehr langsam vor sich gehe. Die Verkehrsdichtigkeit der kaukasischen Eisenbahnen sei ungenügend, die russische Ortsbevölkerung ist an Zahl gering, und man muß die Truppenteile vielfach durch Reservisten aus den inneren Gouvernements ergänzen. Die Mobilisierung im Kaukasus dehne sich aus diesen Gründen mindestens über 3 Wochen aus. Der Generalquartiermeister spricht sich hierauf entschieden gegen die Möglichkeit aus, einige Truppenteile ausschließlich für eine Expedition nach Konstantinopel zu bestimmen. Er ist der Überzeugung, daß, unabhängig von der Schwierigkeit der Aufgabe, die Besitzergreifung Konstantinopels durchzuführen, das tief im Bosporus liegt, wir immer

mit der Notwendigkeit rechnen müßten, unsere gesamten Kräfte nach dem Westen gegen Deutschland und Österreich zu richten, wieviel Truppen immer wir auch haben mögen, auch wenn es viel mehr wären als es jetzt sind. Nur die Strategie ist gut, die eine starke Strategie ist. Der Krieg an unserer Westfront würde die äußerste Anspannung aller Kräfte des Staates erfordern, bei der wir auf kein Armeekorps verzichten könnten, um es für spezielle Aufgaben zurückzulassen. Wir müssen bestrebt sein, den Erfolg auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz sicherzustellen. Mit dem Sieg auf diesem Kriegsschauplatz würden uns günstige Entscheidungen auch in allen Teilfragen zufallen. Bei einem Kampfe an der Westfront, oder in Vorsehung eines solchen Kampfes, muß nach Ansicht des Generals Danilow eine Abtrennung von vier Armeekorps für die Landungsoperationen an den Meerengen als unzulässig und unmöglich erachtet werden. Die Sicherung Konstantinopels gegen eine Besitzergreifung durch dritte Mächte müsse eine besondere Aufgabe unserer Politik bilden.

Mit einer solchen Beleuchtung der Frage ist der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabs der Marine, Kapitän zweiten Ranges, Nemitz nicht einverstanden. Indem er die Richtigkeit der These vollauf anerkennt, daß man auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz gegen den Hauptgegner stark sein und deshalb Aufgaben von geringerer Bedeutung opfern müßte, würde er sich den Schlußfolgerungen des Generaladjutanten Danilow anschließen, wenn wir auf dem Wege nach den Meerengen und Konstantinopel den gleichen Hauptgegner gegen uns hätten wie an der Westfront, das heißt die deutsch-österreichischen Kräfte. Dann wäre offensichtlich unsere einzige Aufgabe, die deutschen und österreichischen Heere zu schlagen, worauf wir in Berlin und Wien unseren Willen diktieren und die Meerengen erhalten würden. In Wirklichkeit erscheint jedoch nach Ansicht des Generalstabs der Marine die Situation im anderen Licht. Auf dem Wege zu den Meerengen besitzen wir ernste Gegner nicht nur in Deutschland oder Österreich. Wie erfolgreich unsere Operationen an der Westfront auch sein würden, die Meerengen und Konstantinopel würden sie uns nicht geben. Die fremden Flotten und Armeen könnten sie besetzen, während der Kampf an unserer Westgrenze vor sich ginge. Kapitän Nemitz ist daher der Ansicht, daß wir gleichzeitig mit den Operationen an der Westfront mit militärischer Gewalt Konstantinopel und die Meerengen besetzen müßten, um zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen die vollendete Tatsache einer Besitzergreifung derselben durch uns zu schaffen. Nur in einem solchen Falle würde Europa der Lösung der Meerengenfrage unter den Bedingungen, wie wir sie brauchen, zustimmen. Wenn man aus dem Bestande unserer jetzigen Armee für diese Aufgabe nicht die nötige Truppenzahl absondern könnte, so müßten nach Ansicht des

Kapitäns Nemitz speziell für diesen Zweck drei neue Armeekorps gebildet werden. Ein solches neues Opfer für die Rüstungen kann nicht als die Kräfte Rußlands übersteigend anerkannt werden, falls damit die Erreichung unserer historischen Aufgaben gesichert werden sollte.

In Erwiderung auf die Ausführungen des Kapitäns Nemitz weist der Chef des Generalstabes darauf hin, daß sein Gedanke, noch neue Armeekorps für die Konstantinopeler Expedition zu schaffen, gegenwärtig nicht zu verwirklichen wäre. In dem Wunsche, nach dem erfolgten Meinungsaustausch die Stellung des Kriegsministeriums zur Frage einer Bestimmung von Truppen für die Landungsoperationen an den Meerengen genauer zu präzisieren, ergänzt J. G. Shilinski das diesbezüglich von ihm vorher Gesagte. Die Meerengen haben nach seiner Überzeugung in den Augen eines jeden Russen eine so ungeheure Bedeutung, daß man bestimmt sagen kann, daß, sollte die Gefahr ihres Überganges von der Türkei in fremde Hände eintreten, wir es nicht werden ablehnen können, von ihnen Besitz zu ergreifen, und würden daher sofort eine Landungsarmee nach Konstantinopel senden. Es ist anzunehmen, daß dies nur während einer Krise wird geschehen können, die zu einem allgemeinen europäischen Kriege führen würde. Der Krieg an den Meerengen um Konstantinopel kann jedoch dem Zusammenstoß an unserer Westfront vorangehen. Nach Ansicht des Chefs des Generalstabs ist es sehr wahrscheinlich, daß es so auch kommen würde. In einem solchen Falle kann natürlich auch keine Rede davon sein, die für diesen Zweck in Aussicht genommene Landungsarmee abzulenken. Hiervon könnte nur bei einer anderen strategischen Konjunktur die Rede sein, wenn der Krieg mit Operationen an der deutsch-österreichischen Grenze beginnen und eine Konzentration aller Kräfte an der Westfront erfordern sollte. Nach dem für den Fall von Operationen zur Besitzergreifung der Meerengen ausgearbeiteten Kriegsplan sind, wie bereits erwähnt, für diesen Zweck das 7. und 8. Armeekorps in Aussicht genommen. Diese Armeekorps sind jedoch auch in dem Kriegsplan für die Westfront eingesetzt. Das erste dieser Armeekorps müßte in diesem Falle in die gegen Österreich operierende Armee eingereiht werden, während das zweite für die Operationen gegen Rumänien in Aussicht genommen ist. Nur im Falle der Neutralität Rumäniens könnte das 8. Armeekorps frei bleiben.

Auf Wunsch des Außenministers beleuchtet hierauf der Chef des Generalstabs die Frage der Dauer einer Mobilisation der für die Landungsoperationen in Aussicht genommenen Truppen. Die 13. und 15. Division und die 4. Schützenbrigade, das heißt die zur Formierung der ersten Staffel der Landungsarmee bestimmten Teile, haben einen Kompagniebestand von 60 Reihen Stärke, deren Mobilisierung ohne die Artillerieparks fünf Tage dauern würde. Die übrigen zum

Bestand der 7. und 8. Armeekorps gehörigen Teile bestehen vorläufig aus Kompagnien von 48 Reihen Stärke und werden daher in acht bis neun Tagen mobil gemacht. Die gleiche Zeit ist auch zur Mobilisation der beiden anderen Armeekorps erforderlich, durch die im Bedarfsfalle das Landungsheer verstärkt werden könnte. Nach dem neuen Verstärkungsplan für unsere Armee können alle Infanterieenteile in kürzester Zeit auf einen Kompagniebestand von 60 Reihen gebracht werden. Die Dauer ihrer Mobilmachung würde sich somit auf fünf bis sechs Tage reduzieren, da mit einer Vergrößerung der Reihenzahl der Kompagnie das Mobilisationsgebiet eingeengt wird. Sollte es für notwendig erkannt werden, so könnte man bei den für die Konstantinopeler Expedition vorgesehenen Truppen die Kriegsbereitschaft noch erhöhen, indem man den Kompagniebestand auf 84 oder gar 100 Reihen verstärkt. Der neue Plan für die Verstärkung der Armee zieht die Einführung dieser Höchstnorm einer Ergänzung für gewisse Truppenteile vor, wobei die Militärbehörde durch innere Verfügungen diese oder jene Truppenteile in diese Zahl aufnehmen kann. Eine so intensive Ergänzung ist jedoch in erster Linie bei den an unserer Westgrenze stehenden Heeren erforderlich. Da es sich jedoch als notwendig herausstellen könnte, die erste Staffel der für die Konstantinopeler Expedition vorgesehenen Landungsheere, das heißt die 13. und 14. Division und die 4. Schützenbrigade in möglichst kurzer Zeit abzutransportieren (z. B. im Falle eines Ausbruchs der Anarchie in Konstantinopel), so könnte man, falls hierfür besondere Allerhöchste Direktiven erteilt werden sollten, diese Teile den Truppen einfügen, deren Bestand bis auf 84 Reihen vergrößert werden sollen, wodurch die Mobilisationsdauer noch weiter verringert werden würde. J. G. Shilinski würde jedoch, um diese Maßnahme auf die zwei vorderen Divisionen oder auf das gesamte 7. und 8. Armeekorps auszudehnen, es für möglich erachten, die Maßnahme nur im äußersten Falle zu ergreifen, da eine solche Verstärkung dieser Armeekorps nur auf Kosten der an der Westfront liegenden Truppen erfolgen könnte, deren Stärke eine besondere Sorge der Militärbehörde bildet. Der Chef des Generalstabs hebt hervor, daß das Gesagte sich nur auf die Infanterie beziehe und geht hierauf zu der Mobilisierung der Artillerie über. Bisher gab es in unserer Artillerie in Friedenszeiten nur Züge mit vier Geschützen und zwei Munitionswagen in der Batterie. Infolgedessen dauerte die Mobilisation 18 Tage. Nach dem jetzt zur Durchführung gelangenden Heeresverstärkungsplane wird in der Artillerie die Zahl der Züge wesentlich erhöht. In allen Grenzbezirken werden in Friedenszeiten pro Batterie Züge mit sechs Geschützen und zwölf Munitionswagen vorgesehen. Bei einem solchen Bestand kann die Artillerie bereits am zweiten oder dritten Mobilisationstage ausrücken. In den Innenbezirken wird die Batterie Züge mit vier Geschützen und vier Munitionswagen be-

sitzen und in 12—14 Tagen mobilisiert sein. Da der Odessaer Bezirk zu den Innenbezirken zählt, so wird die Artillerie der ihn bildenden 7. und 8. Armeekorps mit Durchführung der Reform nicht wesentlich günstiger dastehen als jetzt in bezug auf Schnelligkeit der Mobilisierung. Sollte es daher für notwendig erachtet werden, für sie die Kriegsbereitschaft zu erhöhen, so könnte man, unter Voraussetzung Allerhöchster Direktiven, auch bei der Artillerie des Odessaer Kreises die Zahl der Züge verstärken, wie sie in den Grenzbezirken vorgesehen ist, was natürlich nur auf Kosten einiger Artillerietruppenteile in diesen Bezirken erfolgen könnte oder dadurch, daß für die Truppen des Landungskorps der verstärkte Bestand der Friedenszeit durchgeführt würde.

Was die Kavallerie anbelangt, so befindet sie sich stets im Zustande der Mobilisation. Es besteht übrigens die Absicht, in jedem Armeekorps des Landungsheeres ein Regiment Kavallerie zu führen.

Seine Ausführungen zusammenfassend, weist General der Kavallerie Shilinski darauf hin, daß mit Verwirklichung der bereits beschlossenen und in nächster Zeit durchzuführenden Maßnahmen, die für die Landungsarmee vorgesehenen Fußtruppen in fünf bis sechs Tagen, die Artillerie in zwölf bis vierzehn Tagen mobil sein werden und daß man vermutlich im Falle der Allerhöchsten Einwilligung die Dauer der Mobilisation für die Fußtruppen der ersten Staffel der Landungsarmee, das heißt der 13. und 15. Division und der 4. Schützenbrigade auf drei bis vier Tage herabsetzen und die Mobilisierung der Artillerie des 7. und 8. Armeekorps gleichfalls beschleunigen könnte.

Was die für den Transport dieser Truppen nach den Häfen zur Verschiffung erforderliche Zeit anbetrifft, so könnte die Verschiffung der 13. und 15. Division und der 4. Schützenbrigade, die in Odessa und Sewastopol (und zum Teil in Simferopol) liegen, sofort erfolgen. Der Abtransport der übrigen Truppenteile des 7. und 8. Armeekorps würde nicht mehr als zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Die Zuführung nach den Häfen der beiden anderen Armeekorps aus den Innenbezirken würde zirka sechs Tage dauern.

Nach den in Händen des Chef des Generalstabs befindlichen Unterlagen würden die Vorbereitungen der für die Landungsoperationen notwendigen Transportmittel bei der schwachen Entwicklung dieser Mittel im Schwarzen Meer etwas mehr Zeit erfordern als die Mobilisierung der Landungsarmee nach der dargelegten Berechnung. General Shilinski glaubt daher, daß, solange nicht die Möglichkeit einer rascheren Mobilisation der Transporte gegeben sein wird, kein Grund vorhanden sei, weitere Maßnahmen zu treffen, um die für die Konstantinopeler Expedition bestimmten Armeekorps in einen noch mehr erhöhten Zustand der Kriegsbereitschaft zu versetzen, um so mehr, als dies nur auf Kosten der Kriegsbereitschaft an der West-

front erfolgen könnte. Sollte es mit der Verbesserung des Transportwesens notwendig erscheinen, die Mobilisationsdauer des Landungsheeres noch weiter zu verkürzen, so würde das, wie bereits gesagt, durch innere Maßnahmen der Militärbehörden zu ermöglichen sein.

Der Marineminister bestätigt die Richtigkeit dessen, was der Chef des Generalstabs über die Dauer der Vorbereitungen für die Transportoperationen gesagt hat, über die er bei Beratung dieses Gegenstandes ausführliche Angaben machen würde. Jetzt könnte allerdings die Verschiffung der ersten Staffel des Landungsheeres nicht früher als am zehnten Tage erfolgen. Sollte es gelingen, diesen Termin abzukürzen, so würde das Marineministerium es nicht unterlassen, den Generalstab hiervon in Kenntnis zu setzen.

Die für den Abtransport des Landungsheeres nach den Häfen zur Verschiffung erforderlichen Verkehrswege

2. Die Konferenz geht hierauf zu der Frage der Verkehrswege über, die für den Abtransport des Landungsheeres nach den Häfen zwecks Verschiffung erforderlich sind.

Der Chef des Generalstabs teilt diesbezüglich mit, daß die vorhandenen Eisenbahnen im allgemeinen dem bezeichneten Bedürfnis genügen und daß die nach Odessa führenden Linien gegenwärtig noch verstärkt würden. Von diesen neuen Linien erscheinen vom Standpunkte des Kriegsministeriums in diesem Gebiet als die wichtigsten die Bahnen Bachmatsch—Odessa und Jekaterinoslaw—Cherson. Die erste Bahn ist schon bereit nahezu fertig, die zweite ist zum Bau geplant. In bezug auf die Eisenbahnen kann daher vom Standpunkte der Landungsoperationen gegen Konstantinopel die Lage als befriedigend bezeichnet werden.

Die für die Landungsoperation notwendigen Transportmittel

3. Die Konferenz wendet sich hierauf der Prüfung der Frage bezüglich der für den Abtransport des Landungsheeres nach den Meeren erforderlichen Transportmittel zu.

Der Marineminister betont zunächst, daß unter den bestehenden Verhältnissen für die Ausführung dieser Operation die Vorbedingungen wenig günstig seien. Die Hauptschwierigkeit liege in dem völligen Mangel an Transportmitteln im Schwarzen Meer. Hinzu kommt, daß diese Transportmittel den Zwecken des Truppentransportes nicht angepaßt sind und daß noch keine richtige Organisation für die Erfassung und Mobilisierung der im Schwarzen Meer liegenden Schiffe vorhanden ist. Die Überführung einer genügend starken Lan-

dungstruppe in kurzer Zeit könnte, wie der Marineminister ausführt, nur gesichert werden nach Verwirklichung einer Reihe von Maßnahmen mit vereinten Kräften mehrerer Ressorts. Generaladjutant Grigorowitsch ersucht hierauf den Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabes der Marine, Kapitän Nemitz, der Konferenz genauere Erläuterungen zu dieser Frage zu geben.

Unter Hinweis darauf, daß die Angelegenheiten der Transportoperation im Schwarzen Meere bisher dem Stabe des Odessaer Bezirks oblag und daß erst in Kürze die Übertragung dieser Obliegenheit an das Marineressort erfolgen wird, weist Kapitän Nemitz darauf hin, daß die Vorbereitungen zur Verschiffung der ersten Staffel des Landungsheeres unter den heutigen Verhältnissen mindestens zehn bis zwölf Tage erfordern würden, so daß man damit rechnen müsse, daß vom Tage der Mobilmachungserklärung bis zur Landung mindestens zwei Wochen vergehen würden. Wenn die Transportschiffe rechtzeitig nach den Verschiffungsplätzen zurückkehren sollten, so könnten sie frühestens eine Woche nach Abtransport der ersten Truppen die zweite Fahrt antreten. Die Zahl der Truppen, die bei einer Fahrt transportiert werden könnten, ist unter den heutigen Verhältnissen nur mit einer Division des Kriegsbestandes, das heißt insgesamt etwa 20 000 Mann, zu veranschlagen. Diese Zahl könnte gegenwärtig auf ein Armeekorps in Kriegsstärke erhöht werden, wenn eine Organisation geschaffen würde, die es gestattete, für Transportzwecke den ganzen Bestand der Handelsflotte im Schwarzen Meer zu mobilisieren¹.

Im Verlauf von zwei oder drei Jahren könnte man bei planmäßiger Arbeit die Verschiffung einer noch größeren Truppenzahl, das heißt zwei oder drei Armeekorps, bei mehrmaliger Fahrt vorbereiten. Hierzu ist in erster Linie notwendig, für die Landungsoperation außer den russischen auch noch alle im Schwarzen Meer befindlichen ausländischen Schiffe heranzuziehen, was nicht geschehen könnte ohne die vorherige Schaffung einer entsprechenden Organisation. Als Hauptmittel, um den Transport einer so bedeutenden Landungsarmee zu sichern, muß der Ausbau unserer Handelsflotte im Schwarzen Meere betrachtet werden. Dieser Zweck kann nur erreicht werden durch eine übereinstimmende und energische Tätigkeit des Finanzministeriums, des Ministeriums für Handel und Industrie und des Marineministeriums und erfordert eine Reihe von Maßnahmen, von denen die wichtigste ein Abkommen zwischen der Regierung und den vom Staat unterstützten Schiffahrtsgesellschaften,

¹ Hierbei darf natürlich nicht außer acht gelassen werden, daß für die Landungsoperation nicht alle zum Bestande unserer Schwarzmeerhandelsflotte gehörigen Schiffe herangezogen werden können, sondern nur die, welche am Tage der Mobilisation sich im Schwarzen Meer befinden würden.

im besonderen mit der Freiwilligenflotte, wäre, in Sachen einer Verstärkung ihrer Flotten, und zwar durch Schiffe, die den besonderen Ansprüchen des Truppentransportes genügen. Kämen zu dem Geschwader 15 solcher Transportschiffe von entsprechendem Tonnengehalt hinzu, so würde dies gestatten, die Zahl der auf einer Fahrt zu transportierenden Truppen um ein Armeekorps zu erhöhen.

Der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten unterstreicht seinerseits die ganze staatswichtige Bedeutung einer Vergrößerung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer. Der Ausbau der letzteren sei nicht nur vom Standpunkte unserer militärischen Aufgaben notwendig, sondern entspricht auch dringenden wirtschaftlichen Bedürfnissen. Leider werden bis auf den heutigen Tag nahezu fünfundneunzig Prozent unserer riesigen Ausfuhr durch das Schwarze Meer von ausländischen Schiffen besorgt, und viele Dutzende von Millionen gehen jährlich in die Hände von Ausländern über für den Abtransport unserer Güter. Der Wunsch, sich in dieser Beziehung vom Auslande frei zu machen, bedeutet eine weitere Rechtfertigung jener finanziellen Opfer, die eine baldige Verstärkung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer erfordern würde.

Auf Antrag des Außenministers gibt die Konferenz dem Wunsche Ausdruck, die Regierung möchte unverzüglich für die Ausarbeitung von Maßnahmen Sorge tragen, die auf den Ausbau unserer Handelsflotte im Schwarzen Meere gerichtet sind.

M. N. Giers kommt auf die Frage der für die Durchführung der Transportoperation notwendigen Zeitdauer zurück. Der von Kapitän Nemitz bezeichnete Termin von zwei Wochen für das Eintreffen der Landungstruppen in Konstantinopel könnte nach Ansicht des Kaiserlichen Gesandten in der Türkei in manchen Fällen übermäßig lang sein. So könnte beispielsweise eine Expedition nach Konstantinopel durch Anarchie in der türkischen Residenz und die Gefahr einer Metzelei hervorgerufen werden. In einem solchen Falle wäre eine Beschleunigung der Aktion vonnöten. M. N. Giers bittet daher, klarzustellen, wie weit die Dauer der Ausführung der Landungsoperation bei einer entsprechenden Vorbereitung abgekürzt werden könnte.

Der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabes der Marine erwidert, daß in dieser Hinsicht alles von dem Grade der Anpassung der Handelsflotte für die Transportoperationen und der Vorbereitung der Mobilisation abhängt. Sollten die Schiffe der freiwilligen Flotte in entsprechender Weise mobilisiert werden, so könnte eine Division in Kriegsstärke binnen einer Woche nach Konstantinopel geschafft werden.

Der Außenminister gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die ganze erste Staffel des Landungsheeres, das heißt das kombinierte Armeekorps, dessen Mobilisierung geplant ist, auf drei bis fünf Tage abgekürzt wird und sofort verschifft werden könnte, um somit vier bis

fünf Tage nach erfolgter Mobilisationserklärung am Bosporus einzutreffen.

Der Chef des Generalstabes lenkt aus diesem Anlaß die Aufmerksamkeit der Konferenz darauf, wie wichtig es wäre, die Schiffe, die für den Transport von Truppen berufen werden könnten, schon in Friedenszeiten dieser Aufgabe entsprechend auszurüsten. Es wäre nötig, sie mit zerlegbaren Pferdeständen, Rohrschlangen für Speisebereitung, Schaluppenbalken usw. zu versehen. Besonders sei für Anpassung der Schiffe für den Transport von Artillerie Sorge zu tragen, wobei die Neuorganisation der letzteren im Auge behalten werden müßte. Die entsprechende Ausrüstung der Schiffe muß den von Staats wegen unterstützten Gesellschaften zur Pflicht gemacht werden. Darüber hinaus ist es notwendig, in den Lagern der Häfen verschiedene, für die Landungsoperationen notwendige Gegenstände bereit zu halten und aufzubewahren.

Unter Betonung, daß bisher sehr wenig geschehen ist im Sinne einer Ausrüstung der Schiffe für Zwecke der Truppentransporte, erklärt der Marineminister, daß viele nützliche Winke in dieser Beziehung der in diesem Sommer im Schwarzen Meere bevorstehende Versuch einer Landungsoperation liefern würde. Es wird sich hierbei auch herausstellen, wie rasch diese Operation durchgeführt werden könnte. Es sei beabsichtigt, während der Sommermanöver in zweimaliger Überfahrt eine Division in Kriegsstärke, das heißt 20000 Mann, an die kaukasische Küste überzuführen. Die eine Hälfte dieser Truppen soll im Hafen, die andere am unausgebauten Ufer gelandet werden. Im ersten Falle würden die Landungsverhältnisse bis zu einem gewissen Grade ähnlich sein den Verhältnissen, unter denen unsere Landungstruppe bei einer Landung in Bulgarien und Benutzung der bulgarischen Häfen wird an Land gehen müssen. Im zweiten Falle würde eine gewisse Analogie mit der Landung unserer Truppen unmittelbar an der türkischen Küste ohne jede Unterstützung vom Lande aus vorliegen. Leider gestatten Erwägungen finanzieller Art es nicht, diesen Versuch in großem Umfange durchzuführen, da man eine große Zahl Schiffe dafür in Anspruch nehmen müßte, was zu teuer und für unseren Handel sehr schwierig sein würde.

Der Chef des Generalstabes gibt darauf dem Gedanken Ausdruck, daß man zur Beschleunigung der Vorbereitung der Landungsoperationen zweckmäßigerweise immer besondere Militärtransportschiffe zur Verfügung haben müßte.

Der Marineminister erklärt, dies würde große Ausgaben sowohl für den Erwerb der Transportschiffe, als auch für deren Unterhalt zur Folge haben. Diese Schiffe würden für die Flotte eine tote Last bedeuten, währenddem schon jetzt viele, insbesondere von den Mitgliedern unserer gesetzgebenden Körperschaften, unsere Flotte für nicht genügend schlagfertig hielten.

Die letzte Erwägung darf nach Ansicht des stellvertretenden Außenministers nicht gegen die Einfügung mehrerer Transportschiffe in die Schwarzmeerflotte geltend gemacht werden, da diese Schiffe zur Bewältigung einer besonderen rein militärischen Aufgabe bestimmt sein würden.

In Ergänzung des vom Marineminister Gesagten, fügt Kapitän Nemitz hinzu, daß der Generalstab der Marine gegenwärtig die Frage des Erwerbs einer kleinen Zahl geeigneter Schiffe studiere, um diese für den Transport von Pferden auszurüsten. Da die Überführung von Pferden besonders schwierig ist, so könnte diese Maßnahme die Beschleunigung der Landungsoperation wesentlich fördern.

Die Seestreitkräfte im Schwarzen Meer

4. Von der Beratung von Maßnahmen über die Verstärkung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer in einem Umfange, der den Anforderungen einer Landungsoperation zwecks Besitzergreifung der Meerengen entspricht, geht die Konferenz zu der Frage über, wie unsere Seestreitkräfte im Schwarzen Meer denen der ottomanischen Flotte überlegen gestaltet werden könnten und wie sie gemeinsam mit dem Heere den Durchbruch durch die Meerengen durchführen könnten, um von ihnen Besitz zu ergreifen. Der stellvertretende Chef des Generalstabes der Marine berichtet über das Verhältnis unserer Seestreitkräfte der Schwarzmeerflotte zu denen der türkischen Flotte in der Jetzzeit und den nächsten Jahren. Bisher besaß unsere Flotte zweifelsohne die Herrschaft im Schwarzen Meer. Im Herbst dieses Jahres werden jedoch der ottomanischen Flotte zwei Großkampfschiffe einverlebt: das von der Türkei bei England bestellte „Reschad V“ und der kürzlich von ihr in Brasilien erworbene „Rio de Janeiro“. Leider können wir vorläufig diesen Schiffen im Schwarzen Meer keinen einzigen Dreadnought gegenüberstellen, und es wird somit die Vorherrschaft im Schwarzen Meere in nächster Zeit auf die Türkei übergehen. Die bevorstehende Verstärkung der türkischen Flotte hat für uns überaus ungünstige Folgen, insbesondere vom Standpunkte der zur Beratung stehenden Operation für die Besitzergreifung der Meerengen. Solange die türkische Flotte im Schwarzen Meer herrschen wird, wird es nicht möglich sein, die Landungsoperation in Angriff zu nehmen, ohne vorher die Herrschaft der ottomanischen Seestreitkräfte beseitigt zu haben. Da es sich jedoch für die russische Schwarzmeerflotte als unmöglich erweisen könnte, in der fraglichen Zeit die türkischen Seestreitkräfte zu vernichten, so käme auch die Möglichkeit selbst einer Landungsoperation in Fortfall, solange unsere Seestreitkräfte nicht das Übergewicht erhalten haben werden. Das ungünstige Verhältnis zwischen unseren und den türkischen Seestreitkräften wird im Sommer 1915 sich zu

ändern beginnen, wenn allerdings keine neue Verstärkung der türkischen Flotte durch den Erwerb neuer fertiger Linienschiffe erfolgen sollte, was, wie die Vergangenheit gelehrt hat, durch finanzielle Schwierigkeiten kaum verhindert werden könnte. Infolge der vom Marineressort ergriffenen außerordentlichen Maßnahmen ist es gelungen, den Bau der auf unseren Schwarzmeerwerften befindlichen Dreadnoughts so zu beschleunigen, daß damit gerechnet werden kann, die Schiffe „Imperatriza Maria“ und „Alexander III.“ zum 1. Juni 1915 und zum 1. September desselben Jahres völlig fertigzustellen, statt 1916, wie das in den Verträgen vorgesehen war. Kapitän Nenjukow erwähnt die bestehende Meinung, die türkischen Dreadnoughts seien den bei uns in Bau befindlichen Dreadnoughts der Schwarzmeerflotte an Kampfkraft überlegen und erklärt, daß die ersten in Wirklichkeit keine größeren Vorzüge als die letzteren besitzen. Gewiß, die türkischen Großkampfschiffe haben eine Bestückung mit $13\frac{1}{2}$ -Zoll-Geschützen, während unsere Dreadnoughts mit 12-Zoll-Geschützen bestückt sind. Wäre die Munition von gleicher Güte, so würde die Artillerie der türkischen Schiffe der unseren bedeutend überlegen sein. Die türkische Flotte wird jedoch mit englischer, viel schwächerer Munition versorgt als unsere Munition gleichen Kalibers. Man kann daher sagen, daß die beiden türkischen Dreadnoughts durch unsere 1915 auf dem Plan erscheinenden „Imperatriza Maria“ und „Alexander III.“ ungefähr in Schach gehalten werden könnten. Die Überlegenheit der Kräfte wird uns dann unsere übrige Flotte verleihen, das heißt die jetzt bestehenden vier verhältnismäßig wenig veralteten Panzerschiffe („Panteleimon“, „Joann Slatoust“, „Jewstafi“ und „Tri Sswjatitelja“), die wesentliche Vorzüge besitzen gegenüber den Kräften, über die die Türkei jetzt vor Hinzukommen der Dreadnoughts verfügt. Ende 1915 ist unsere Schwarzmeerflotte noch durch einen dritten im Bau befindlichen Dreadnought gleicher Art wie „Katharina II.“ verstärkt worden; außerdem im Jahre 1916 durch zwei Kreuzer. Endlich wurde beschlossen, den Bau noch eines vierten Großkampfschiffes gleicher Art mit den vorgenannten drei in Angriff zu nehmen, der 1917 fertiggestellt werden und die Bildung einer vollen Dreadnoughtbrigade abschließen soll. Außer diesem vierten Schiff ist beschlossen worden, noch zwei Kreuzer, acht Minenboote und sechs Unterseeboote zu bauen, die 1917 fertiggestellt sein werden. Inwieweit der Bau dieser Schiffe uns die Herrschaft auf dem Schwarzen Meer sichern wird, hängt von der weiteren Entwicklung unserer und der türkischen Seerüstungen ab. Das türkische Programm sieht den Erwerb von sechs Großkampfschiffen und zwölf Geschwader-Torpedobooten vor. Die Verwirklichung dieses Programms ist natürlich noch sehr unbestimmt.

Der Marineminister teilt diesbezüglich mit, daß das Marinedepartement noch eine weitere bedeutende Verstärkung unserer

Schwarzmeerflotte für die nächsten Jahre vorgesehen habe durch den Bau einer zweiten Brigade völlig moderner Großkampfschiffe.

Die Konferenz nimmt mit großer Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Absichten des Marinedepartements möglichst bald verwirklicht werden können.

Der Marineminister erklärt hierauf, wieso es nicht gelungen war, die für uns so ungünstige Abtretung des Dreadnoughts „Rio de Janeiro“ durch Brasilien an die Türkei abzuwenden. Das Marinedepartement hatte seinerzeit die Frage des Ankaufes dieses Kampfschiffes durch Rußland angeregt; später wurde englischen Quellen die Nachricht entnommen, daß dies Schiff nicht verkauft werden würde. Wenn die brasilianische Regierung ihren Beschuß geändert hat, so ist auf sie wahrscheinlich in dieser oder jener Weise eingewirkt worden. Das Marinedepartement ist jetzt nach Kräften bemüht, den Übergang anderer Großkampfschiffe, die von der Türkei etwa angekauft werden könnten, in deren Besitz zu verhindern. Nach den vorliegenden Mitteilungen wird die argentinische Regierung möglicherweise bereit sein, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Bau befindlichen Linienschiffe „Rivadavia“ und „Moreno“ zu verkaufen; auch scheint die chilenische Regierung geneigt zu sein, zwei gleichfalls im Bau befindliche Dreadnoughts der Klasse „Amirante Latorre“ zu verkaufen. Da andere große Einheiten auf dem Markte nicht vorrätig sind, würden wir durch deren Erwerb die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung der türkischen Flotte in der Gegenwart beseitigen und andererseits die Entwicklung unserer eigenen Seestreitkräfte beschleunigen. Sr. Majestät hat geruht, diesen Erwägungen zuzustimmen und zu befehlen, die im Auslande verkauflichen Großkampfschiffe anzukaufen. Die hierzu erforderlichen Mittel können auf dem Wege des Art. 117 erhalten werden. Das Marinedepartement ist gegenwärtig damit beschäftigt, festzustellen, welche Schiffe und unter welchen Bedingungen erworben werden können. Die im Auslande erworbenen Großkampfschiffe könnten den Kern eines neuen Mittelmeergeschwaders bilden, dessen strategische Aufgabe es wäre, die Überlegenheit der türkischen Flotte über die unsere im Schwarzen Meere auszugleichen.

Der kaiserliche Gesandte in Konstantinopel spricht seine große Befriedigung darüber aus, daß der Beschuß gefaßt worden ist, die verkauflichen Dreadnoughts zu erwerben.

Ihm schließt sich der Außenminister an. Gleichzeitig hebt er die Bedeutung hervor, die das Erscheinen unserer Schiffe im Mittelmeere haben könnte im Sinne einer Ablenkung der türkischen Kräfte aus dem Schwarzen Meer.

Hierauf weist der Gesandte in Konstantinopel darauf hin, daß der Erwerb der beiden Großkampfschiffe den Türken eine große

moralische Kraft verliehen hätte und daß damit ebenso gerechnet werden müßte wie mit der Verstärkung ihrer materiellen Kräfte.

Der Marineminister erklärt hierzu, daß die Türken sich nicht sogleich mit so komplizierten Schiffen, wie die modernen Dreadnoughts es sind, werden vertraut machen können. Sie würden für die Führung der Schiffe Ausländer heranziehen müssen und die Ausbildung des Schiffkommandos würde mindestens 3 Monate erfordern.

Die Eisenbahnen im Kaukasus

5. Die Konferenz geht zu dem letzten der zur Beratung stehenden Punkte über, nämlich zu der Frage der Eisenbahnen im Kaukasus und insbesondere der sogenannten Bergrückenbahn.

Der Chef des Generalstabes weist darauf hin, daß im Interesse der Landesverteidigung eine möglichst beschleunigte Erbauung einer Bergrückenbahn über den Kamm des Kaukasusgebirges dringend erforderlich wäre. Solange diese Bahn nicht verwirklicht sein würde, würde im Falle eines Kampfes an unserer türkischen Grenze unser Heer keine genügende Verbindung mit dem Hinterland besitzen. Die Schwarzmeerbahn könnte die Bergrückenbahn nicht ersetzen und bilde nur einen Notbehelf. Sie sei der Gefahr ausgesetzt, von der Meeresseite aus zerstört zu werden und mündet in einer Sackgasse am Berge von Suram. Der Bau der Bergrückenbahn ist auch erforderlich, um die Mobilisationsverhältnisse im Kaukasus günstiger zu gestalten, da, wie bereits erwähnt, die Mobilisation dort aus lokalen Gründen zu langsam erfolgt. Da man bei dem Kampf um Konstantinopel einen Zusammenstoß an der türkischen Grenze für unvermeidlich halten muß, so muß der für diesen Fall notwendige Bau der Bergrückenbahn in die Zahl der Maßnahmen zur Vorbereitung unserer Offensive am Bosporus aufgenommen werden.

Der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten bemerkt, daß Komplikationen an der türkischen Grenze auch ohne den Kampf um die Meerengen eintreten und durch Unruhen in Armenien hervorgerufen werden könnten. Fürst Trubetzkoi weist nunmehr darauf hin, daß nach Errichtung der Bergrückenbahn die Erbauung von Eisenbahnen in den am Kaukasus grenzenden Gebieten der Türkei ihre Gefahr für uns verlieren würde. Für die Wege-losigkeit in diesen Gebieten sich einzusetzen, sei jetzt nicht mehr möglich. Wir mußten uns einverstanden erklären mit dem Bau eines ganzen Eisenbahnnetzes in Kleinasien und in der Grenzzone den Eisenbahnbau selbst in die Hand nehmen. Die Vernunft erfordere, daß wir den Bau der Bergrückenbahn bis zu dem Zeitpunkte zu Ende führen, wo die türkischen Bahnen sich unserer Grenze nähern werden. Der Bau der Bergrückenbahn müßte somit sofort in Angriff genommen werden.

Der Chef des Generalstabes weist darauf hin, daß außer der Berg Rückenbahn noch mehrere strategische Eisenbahnen in Transkaukasien erforderlich wären:

1. Eine ununterbrochene doppelgleisige Bahn von Tiflis über Kars und Ssarykamisch bis Karaurgan (an der türkischen Grenze), die auch in Ausführung begriffen ist.
2. Wäre es sehr nützlich, eine Linie von der Station Michailow über Borshon bis Kars (mit einer Abzweigung nach Olty) zu verlegen, die der Schwarzmeerbahn einen Ausgang nach Kars verschaffen würde.
3. Könnte auch eine Linie von Batum nach Kars von Nutzen sein, für deren Bau, soweit bekannt, private Unternehmer vorhanden sind.

* * *

Nach Abschluß der Übersicht über die wichtigsten Fragen, die durch die Notwendigkeit einer planmäßigen Vorbereitung für eine möglicherweise in Kürze erforderliche Besitzergreifung der Meeren gen durch uns akut geworden ist, spricht die Konferenz auf Antrag des Außenministers den allgemeinen Wunsch aus, die Regierung möchte durch sämtliche zuständigen Behörden alle Maßnahmen ergreifen lassen, die für die technische Ausführung dieser Aufgabe erforderlich sind. Zu den konkreten Maßnahmen übergehend, deren Notwendigkeit von den Vertretern der interessierten Ressorts in der vorangegangenen Diskussion klargelegt worden ist, hält es die Konferenz für erwünscht, daß in erster Linie die folgenden Maßnahmen durchgeführt würden, und zwar:

1. Die zur Bildung der ersten Staffel für die Konstantinopeler Expedition bestimmten Landungstruppen der 13. und 16. Division und der 4. Schützenbrigade sollen einen Kompagniebestand von 84 Reihen erhalten.
2. Die Artillerieteile des Odessaer Bezirkes sollen eine Verstärkung der Züge erhalten, wie sie für die Grenzbezirke in Friedenszeiten vorgesehen ist, das heißt Züge mit sechs Geschützen und zwölf Munitionswagen.
3. Das Finanzministerium, das Ministerium für Handel und Industrie und das Marineministerium müssen unter entsprechenden Bemühungen die dringlichsten und wirksamsten Maßnahmen zur Verstärkung unserer Transportmittel im Schwarzen Meer ergreifen. Im besonderen muß die Regierung mit den staatlich unterstützten Dampfschiffahrtsgesellschaften ein Übereinkommen treffen über eine Verstärkung ihrer Flotten, und zwar durch Schiffe, die sowohl in bezug auf die Bauart als auch die Ausrüstung den besonderen Anforderungen des Truppentransportes entsprechen.

4. Das Marinedepartement muß in der nächsten Zeit ein Mittel finden, die für die Überführung der ersten Staffel der Landungsarmee im Umfange eines Armeekorps erforderliche Zeitdauer auf vier bis fünf Tage, gerechnet vom Tage der Erteilung eines diesbezüglichen Befehls, herabzumindern.

5. Unsere Schwarzmeerflotte muß in möglichst kurzer Zeit durch eine zweite Brigade der modernsten und stärksten Großkampfschiffe verstärkt werden, und

6. es muß in möglichst kurzer Zeit der Bau der ununterbrochenen zweigleisigen Bahn von Tiflis über Kars und Ssarykamysch nach Karaurgan zu Ende geführt und die Bergrückenbahn erbaut werden. Außerdem ist notwendig, eine Eisenbahnlinie von der Station Michailowo über Borshon bis Kars (mit einer Zweigbahn nach Oly) zu führen, außerdem ist die Erbauung einer Eisenbahnlinie von Batum bis Kars durch Privatunternehmer erwünscht.

Die Konferenz ersucht den Außenminister, diese Vorschläge dem geneigten Wohlwollen Sr. Majestät zu unterbreiten.

gez. Sasonow J. Grigorowitsch J. Shilinski

(M. Pokrowski, Drei Konferenzen. S. 46 ff.)

*Der französische Botschafter in St. Petersburg an den
französischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nrn. 154, 155 St. Petersburg, den 18. April 1914

Chiffriert.

Eigenhändiger Vermerk Nikolaus' II. (mit Blaustift):

„Sir Buchanan wird wohl mein Gespräch mit ihm Paléologue mitgeteilt haben.“ Es folgt ein Vermerk von der Hand Sasonows (mit Tinte): Livadia, 11. April 1914.

Aus privater und zuverlässiger Quelle (die Worte „aus privater Quelle“ sind mit Blaustift zweimal unterstrichen) ist mir bekannt, daß die Beratung des Kaisers mit seinem Außenminister vor der Abfahrt in die Krim voll und ganz der Frage des englisch-russischen Bündnisses gewidmet war. (An der Seite ein Fragezeichen mit gewöhnlichem Bleistift.) Bei der Erörterung des mehr oder weniger nahe drohenden Zusammenstoßes zwischen Rußland und Deutschland sah Seine Majestät auch die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei voraus. In diesem Falle wird die ottomanische Regierung die Meerengen schließen. Rußland würde sich zu dieser für seinen Handel und sein

Ansehen so abträglichen Maßnahme nicht gleichgültig verhalten können.

„Um die Meerengen zu öffnen,“ soll Seine Majestät geäußert haben, „würde ich zur Gewalt greifen.“

Wird aber Deutschland dann nicht auf die Seite der Türkei treten? In dieser möglichen Einmischung Deutschlands sah Kaiser Nikolaus gerade die hauptsächlichen Verwicklungen, die dem Orient drohen. Um nun die Türkei daran zu hindern, daß sie von Deutschland Hilfe erhält, und insbesondere, um sich (ein Wort ist nicht dechiffriert) zu sichern, hofft er gleichfalls auf den schnellen Abschluß eines Abkommens mit England.

Ich erlaube mir, Eure Exzellenz daran zu erinnern, daß Kaiser Nikolaus mir erklärt hat, er würde dem H. Präsidenten erkenntlich sein, falls dieser in der Unterredung mit König Georg Gründe anführen würde, die seiner Meinung nach eine englisch-russische Annäherung erfordern.

Würde es der H. Präsident nicht für nützlich halten, dem Kaiser persönlich das Ergebnis seiner Unterredungen mitzuteilen?

Ich weiß, daß sich H. Sasonow gleichfalls über jede Mitteilung in bezug auf Ihre Unterredungen mit Sir Edward Grey freuen würde.